



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal inkl. Porto 6 Mark 50 Pf. Anfertigungsgebühr für den Raum einer sechsteiligen Zeitungs-Beilage 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expeditoren: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Beförderungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 130. Mittags-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 18. März 1879.

Deutschland. O. O. Reichstags-Verhandlungen. 21. Sitzung vom 17. März.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Graf zu Eulenburg, Hofmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verathung der Darstellung der Anordnungen, welche von der k. preussischen Regierung mit Genehmigung des Bundesrathes zufolge der Bestimmung in § 28, Absatz 2 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Verfehrungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 getroffen worden sind (des über Berlin verhängten kleinen Belagerungszustandes) in Verbindung mit dem Bericht über 7 Petitionen, betreffend die Wiederaufhebung desselben. Die Verathung wird eine einmalige sein; eine Verweisung der Vorlage an eine Commission ist dadurch nicht ausgeschlossen, und würde eine weitere Verhandlung über etwaige Beschlüsse dieser Commission nur als eine Fortsetzung der ersten Verhandlung zu betrachten sein. Präsident v. Jordan bemerkt dies auf eine Anfrage Hänel's ausdrücklich.

Referent Melbeck: Die Petenten beantragen ihre Ausweisung als unbegründet rückgängig zu machen und den Beschädigten Entschädigung aus Reichsmitteln zu gewähren. Der Versicherungs-Inpector Schramm beruft sich dafür, daß die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit von ihm nicht zu befechten sei, auf das Zeugniß angesehener Personen; der § 28 sei falsch interpretirt worden. Uebrigens hat er am 1. d. Mts. von Zürich aus an den Referenten geschrieben und ihn aufgefordert, ihm die Instanzen zu bezeichnen, an welche er sich zu wenden habe, da die Commission den Uebergang zur Tagesordnung wegen Nicht-Zuziehung des Instanzenzuges empfohlen habe. Aber weder der Referent noch die Commission haben Veranlassung gehabt, mit dem Petenten in Correspondenz zu treten.

Der Restaurateur Julius Sahn befreit die Zulässigkeit seiner am 6. December v. J. während er eine Gefängnisstrafe in Wittenberg verbüßte, erfolglosen Ausweisung; seit dem Erlaß des Socialistengesetzes habe er Alles vermieden, was den Ausweis erwecken könne, als ob er die Agitation fortsetzen wolle; in seiner Thätigkeit nach dem Erlasse des Gesetzes liege kein Anlaß zur Ausweisung, aber die Polizeibehörde habe dem Gesetze rückwärtende Kraft beigelegt. Dasselbe behaupten der Maurerpolier Wilhelm Körner für sich, derselbe Petent mit 14 Genossen und der Schuhmacher Carl Wölff, Restaurateur Grafnid aus Weiskes mit Gattin bittet um Aufhebung seiner Ausweisung; er habe sich niemals an der Agitation betheiligt, nur einige Male sein Local zu socialistischen Versammlungen hergegeben. Die Commission hat einen materiellen Beschluß über die Frage des Schadenersatzes und der Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes im Sinne der Petenten nicht fassen wollen, weil der Beschluß des Reichstages über den Redenshaftsbereich diese Fragen erledigen wird. Ueber das Petikum, die Ausweisung aufzuheben, empfiehlt die Commission zur Tagesordnung überzugehen. Ihr Antrag lautet: „Die Petitionen: des Versicherungs-Inpectors Carl Schramm, gegenwärtig zu Hottingen-Zürich, des Schankwirths Julius Sahn, des Maurerpoliers Wilhelm Körner, desselben und Genossen, des Schuhmachers Carl Wölff — aus Berlin, gegenwärtig zu Hamburg —, des Restaurateurs Carl Grafnid aus Weiskes, der Ehefrau des Restaurateurs Carl Grafnid, Amalie, geb. Kulmid, zu Weiskes, in so weit sie sich auf die Wiederaufhebung des Belagerungszustandes beziehen, durch die Plenarberatung über den Redenshaftsbereich für erledigt zu erklären, insoweit sie aber, unabhängig hiervon, sich auf die Wiederaufhebung der verfügten Ausweisung der Petenten beziehen, wegen nicht innergehaltener Instanzenzüge über dieselben zur Tagesordnung überzugehen.“

Abg. Liebknecht führt in 1½ stündiger Rede aus, daß es an Motiven für die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin durchaus fehlt und daß die in der Denkschrift angegebenen Gründe durchweg auf falscher Information beruhen. Die Socialdemokratie hat durch ihre Redner im Hause und ihre Presse von Anfang an erklärt, daß sie sich dem Socialistengesetz unterwerfe, wie sie denn überhaupt als Reformpartei weniger als irgend eine andere den legalen Boden zu verlassen und gewaltsamen Widerstand zu leisten geneigt ist. Der unparlamentarische Ausdruck Brade's, den er selbst später bedauerte, „ich pfeife auf das Gesetz“, sollte nicht sagen: wir fügen uns dem Gesetz nicht, sondern nur die geschichtliche Wahrheit ausdrücken, daß eine Partei und eine Wahrheit durch Gesetz nicht befeigt werden können. (Heiterkeit.) Weder die gemeingefährlichen Umtriebe, von denen Graf Stolberg in seiner Darstellung spricht, existiren in Wirklichkeit, noch auch werden die verbotenen Mittel geheimer Propaganda angewendet. Die behauptete Tendenz und Action existirt einfach nie. Daß die Partei mit ihrem Programm fortbesteht, ist natürlich, aber sie beweist den gesellschaflichen Sinn, der sie eigenthümlich auszeichnet, ganz besonders dem Socialistengesetz gegenüber. Ihrer Presse und des Versammlungsrechtes in großen Localitäten beraubt, was blieb den einzelnen Socialdemokraten anderes übrig, als in kleinen Localen, die Genußgenossen gebären, gesellschaflich zu verkehren, gerade so wie die Grafen Stolberg und Eulenburg mit einander verkehren. Das kann das Socialistengesetz nicht hindern, wie es sich auch als unsäglich erwieisen hat, das von ihm erhoffte tausendjährige Reich frieblicher Wohlfahrt herbeizuführen. Ein bedeutender Zufall fügte es, daß am Tage seiner Publication die Vankatastrophe in Glasgow eintrat und bald darauf die Steuerprojecte des Reichstags einen Krieg aller gegen Alle eröffneten, wie ihn die Socialdemokratie niemals predigt. Den Besuch von Versammlungen anderer Parteien wollte und konnte das Socialistengesetz den Socialdemokraten nicht verbieten, denn es hatte nicht die Absicht sie bürgerlich tödt zu machen.

Auch die Verurtheilung auf die im Auslande erscheinenden socialistischen Blätter ist bedeutungslos. Denn die „Tagwacht“ erscheint schon seit sechs Jahren und die nach Erlaß des Socialistengesetzes in London, resp. Brüssel erscheinende „Freiheit“ und „Latene“ führen nur darum eine heftige Sprache, weil ihre Herausgeber durch Gefängnis und Ausweisung verbittert und natürlich nicht so ruhig sind wie die Herren vom Bundesrath im Besitze der Macht. Ein Mann wie Most ist seit Jahren nicht aus dem Gefängnis herausgekommen, ausgewiesen, wollte er nach Amerika gehen, blieb aber in London, weil Freunde ihm den guten Rath gaben, dort ein Blatt herauszugeben. Der Redner will nicht die Freiheit begeben, die Blätter seiner Freunde Most und Hirsch hier zu desavouiren, muß aber erklären, daß seine Partei nichts mit ihnen gemein hat und daher durch sie nicht leiden darf. Dann hat man ihren Zusammenhang mit den russischen Nihilisten behauptet, dem großen Wauwan, dem Mann, der schießt und sticht. Als Wauwan und König ausgewiesen wurden, verhaftete man zwei russische Studenten, mit denen sie verkehrte hatten, als Conspiratoren, mußte sie aber bald wieder entlassen, da die Hausdurchsuchungen nichts ergaben. Waren alle Russen Nihilisten und jede Verührung mit ihnen gefährlich, so sind die Herren vom Bundesrath, die viel mehr mit Russen verkehren, dieser Gefahr in weit höherem Grade ausgesetzt. Von der Absicht, die Agitation in Berlin zu concentriren, ist dem Redner nichts bekannt. Der Führer, durch dessen beabsichtigten Zug nach Berlin dies bewirkt werden sollte, Hasselmann, war hier schon lange vorher als Redacteur thätig gewesen, war niemals bestraft worden und hatte gewiß die Absicht, das Gesetz ebenso zu respectiren wie vorher. Ferner sollen die Agenten in Spanien und Italien das Bedürfnis besonderer Maßregeln erzeugt haben, um die Person des Monarchen bei seiner Rückkehr zu sichern. Wer konnte diese Sicherheit gefährden? Die Socialdemokratie gewiß nicht, die erzeugt keine politischen Mordmörder, dazu fehlt ihr die Voraussetzung, der Glaube an große Männer, an Leihämmer. Freilich wer diesen Glauben hat und folglich hoffen darf, die Lage von Millionen durch den Tod eines Mannes zu verbessern, für den ist von diesem Glauben zum politischen Mord nur ein Schritt. Es giebt eine Epidemie der Verbrechen in unserer kranken Gesellschaft, aber ihre Ursachen sind nicht in der Socialdemokratie zu suchen, sondern, wie der Pastor Stursberg ausgeführt hat, in den Kriegen. (Der Präsident erucht den Redner, bei der Sache zu bleiben.)

Daß die Acten der Verhandlungen gegen Hödel und Nobiling nicht veröffentlicht worden sind, das hat seinen guten Grund. Dieses Verfahren, große Verbrechen an die Nachschöe einer Partei zu hängen, wird auch gegen die Herren von der Regierung angewendet. Am 15. Januar mußte sich

Minister Falk im preussischen Abgeordnetenhaus gegen den Vorwurf verwehren, daß seine Schulgesetzgebung die That Hödel's verschuldet habe, die er wiederum auf die Schulregulativ abwälzte, so daß auch die Nachschöe des Collegen v. Kleist-Nesow nicht ganz rein und zweifelsohne sind. (Heiterkeit.) Die Regierung wendet das Socialistengesetz nicht in dem Sinne an, den die Mehrheit des Reichstages, als sie es beschloß, mit ihm verband. Und wie hart verfährt sie! Mann hat den Frauen der Ausgewiesenen Photographien ihrer Männer entlockt oder gewaltsam fortgenommen. Statt einer auf diese Weise von einem Schuttmann fortgenommenen Photographie hat die Frau auf Reclamation eine auf der Polizei angefertigte Copie zurückerhalten. Criminalcommissar von Halle rief in einer Socialisten-Versammlung unter den Zelten am 16. Juni v. J.: „Haut ihnen doch den Brägen ein“ (ein Berliner Provinzialismus für: „Haut ihnen den Schädel ein“), und den Männern von Gravelotte auf dem eisernen Kreuz: „Ihr laßt ja wie Feiglinge weg!“ (Der Präsident truft den Redner zum zweiten Mal zur Sache.) Man machte damals Stimmung für den Belagerungszustand, indem man die Nachricht von Drohbriefen an die Kaiser von Deutschland, Rußland und Oesterreich verbreitete. Wer aber ein Verbrechen wirklich begehen will, pflegt das nicht in einem Briefe anzudeuten. Die Drini-Bomben, welche in Hamburg gefunden sein sollen, waren von der Sittenpolizei beschlagnahmte Gummiartikel in einer Kiste, auf welche der Fabrikant „Drini-Bomben“ geschrieben hatte. (Heiterkeit.)

Der Reichskanzler meint nun, weider Reichstag die Verhaftung Frische's und Hasselmann's abgelehnt hat, so müsse er ein Disciplinar-, ein Strafgesetz erhalten. Das ist allerdings die richtige Consequenz; denn mit dem Socialistengesetz kann man die Socialdemokratie nicht vernichten. Die Nationalliberalen sollten endlich begreifen haben, daß sie, nachdem sie das dünne Ende des Keils in den Parlamentarismus getrieben haben, den Keil auch ganz hineinreiben müssen. Sie haben bis zu einem Punkte nachgegeben, wo sie wohl nicht mehr umkehren können. Aber die Consequenz, die Logik liegt auf jener Seite. Unsere Partei steht fest in dem Bewußtsein, daß sie durch keinerlei Maßregeln, auch solche nicht, wie sie in Frankreich ergriffen sind, vernichtet werden kann. Das Bürgerthum wird noch einsehen, daß die Socialdemokratie nicht das rothe Gepest ist, für das sie es gehalten; daß man den Satan mit dem Gebeiß auszureißen versucht hat, und daß an Stelle der Reformbestrebungen unserer Partei der preussische Staats-Kajernen-Socialismus getreten ist. Anträge, betr. die Petitionen zu stellen, überläßt der Redner dem Reichstage. Er selbst mag urtheilen, wo diejenigen sind, welche den Frieden der Nation stören, und wer von uns Weiden, die Reichsregierung oder die Socialdemokratie, auf die Anklagebank gehört? (Unruhe.) Schließlich eine persönliche Bemerkung. Man hat mich heftig angegriffen, weil ich bei einem Schruf auf den Kaiser ruhig sitzen blieb. Man erklärte das für eine Ungezogenheit. Ein noch viel stärkerer Ausbruch ist von Seiten meines Herrn Collegen v. Kleist-Nesow gefallen. Ich würde mich nun durch mein Mandat nicht gedrückt fühlen gegen das Strafbare einer bewußten Beleidigung des Kaisers. So lange es aber hier eine socialdemokratische Partei giebt, schon 1867 und 1869 hat diese sich nie bei einem solchen Hoch erhoben. Das sollte keine Beleidigung sein, sondern eine Pflicht, die uns durch unsere politischen Grundsätze auferlegt ist.

Präsident: Ich muß den Herrn Redner jetzt unterbrechen. Er berührt einen Fall, der in dem früheren Reichstage vorgekommen ist, — wie ich constative, nicht unter meinem Präsidium. (Zustimmung.) Ich glaube, daß der Fall hier im Reichstage jetzt nicht weiter erörtert werden kann, nachdem ich den Herrn Redner soweit habe sprechen lassen, wie er bis jetzt gesprochen hat. Weil er aber den Fall hier vorbringt, so muß ich ihm allerdings jetzt sagen, daß das Sigenbleiben bei einem Hoch, was hier auf unseren verehrten Kaiser ausgedrückt wird, in der That die monarchischen Gefühle des Reichstages, des ganzen Volkes auf eine so arge Weise verletzt, wie dieselbe ärger nicht gedacht werden kann. (Beifall.)

Abg. Liebknecht: Ich habe gesagt, daß mir die Absicht einer Majestätsbeleidigung ferngelegen hat. Wenn in Deutschland die Republik proclamirt wäre, so würde ich auch von Ihnen (rechts) nicht verlangen.

Präsident: Wenn der Redner jetzt nicht die Tribüne verläßt, so mache ich, da ich ihn schon vorher zweimal zur Sache gerufen habe, von dem mir zuzehenden Rechte Gebrauch, und lasse das Haus darüber abstimmen, ob ich ihm das Wort entziehen soll.

Abg. Liebknecht will fortfahren, zu reden, wird aber durch laute Rufe von der rechten Seite: „Gerunter!“ unterbrochen. Präsident: Bevor ich einen Antrag auf Entziehung des Wortes gestellt habe, hat Niemand das Recht, den Redner zu hören. Abg. Liebknecht verläßt die Tribüne.

Bundesbevollmächtigter Staatsminister Graf zu Eulenburg: Die beiden Vorwürfe, welche aus den Ausführungen des Vorredners widergeklungen haben, daß in der officiell gegebenen Begründung der Anwendung des Socialistengesetzes auf die Stadt Berlin und ihre Umgehung zu viel enthalten sei, indem ungenügende Verhältnisse über die öffentliche Sicherheit dieser Stadt herbeigerufen würden, und daß andererseits nicht genügendes Material zur Rechtfertigung dieser Maßregel angeführt sei, haben sich gegenseitig auf und lassen den Schluss zu, daß gerade die knappe, klare und einfache Form, in der die Begründung für diese Maßregel gehalten ist, die richtige Mitte getroffen haben haben wird. Es kommt auch nicht darauf an, ob jetzt noch nachträglich neues Material und neue Thatfachen zur Begründung dieser Maßregel angeführt werden können, sondern darauf, ob die angegebenen Gründe zureichend und die getroffenen Maßregeln ausreichend sind. Auf Grund der im Eingang des § 28 des Gesetzes für die zu treffenden Anordnungen angegebenen Voraussetzung fragte es sich, ob in Berlin und seiner Umgebung Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorhanden war, als die Maßregeln verhängt wurden. Die Annahme des Vorredners ist unrichtig, daß diese öffentliche Gefahr nur in der Gefahr eines Krieges oder Aufruhrs bestehen könne, sondern es ist gerade der spezifische Unterschied der Maßregeln des § 28, daß sie die schärferen Voraussetzungen, welche in Preußen die Verhängung des Belagerungszustandes erfordert, nicht bedingen; auch braucht die Gefahr für die öffentliche Sicherheit keine directe und unmittelbare zu sein. Welches waren nun neben diesen gesellschaflichen Grundlagen die thatsächlichen Unterlagen, die zur Anwendung dieses Paragraphen notwendig sind? Das Gesetz vom 21. October v. J. giebt davon aus, daß durch die Bestrebungen der Socialdemokratie in ihrer agitatorischen, den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise eine Gefahr vorhanden war, welche für Berlin einen hervorragenden, ich möchte sagen, exceptionellen Charakter annahm. Das bewies auch der Umstand, daß bereits mehrere Monate vorher Se. Majestät der Kaiser von der ihm nach dem deutschen Kaiserthum zustehenden Befugnis Gebrauch gemacht und in Berlin zeitweise die Paspollist unter Voraussetzungen eingeführt hat, welche denen des § 28 des Gesetzes vom 21. October v. J. genau entsprechen.

Der Einwand, daß dann auf dieser Grundlage der § 28 überall hätte zur Anwendung gebracht werden können, wo Socialdemokraten wohnen, ist unbegründet, denn an vielen Orten hat sie die socialistische Agitation zurückgetreten, ja an manchen Orten hat sie ganz aufgehört. Der Redenshaftsbereich hat zur Begründung der Gefahr für die öffentliche Sicherheit in Berlin darauf Bezug genommen, daß die Socialdemokratie bestrebt war, ihre bisherige Agitation in geheimen Versammlungen und Verbindungen fortzusetzen. Es ist hieran vom Vorredner die Bemerkung geknüpft worden, wenn das wahr wäre, dann müßte auf Grund der §§ 128 oder 129 des Strafgesetzbuches, welche das Zusammenkommen zu geheimen oder rechtswidrigen Verbindungen mit Strafe bedrohen, criminalrechtliches Einschreiten erfolgen. Wenn wir aber darauf hätten warten müssen, daß in der That Gesetzesverletzungen erst begangen sind, um zu Repressiv-Maßregeln zu kommen, dann hätten wir die ganze Gesetzgebung vom 21. October v. J. nicht bedurft. (Sehr richtig!) Sie sollte ein Mittel geben, um repressiv zu wirken nicht bloß gegen die vollendete Thatfache, sondern auch präventiv gegen die Vorbereitung solcher Thatfachen. (Sehr richtig!) In der Hauptsache hat der Vorredner die Nichtigkeit der Ausführungen in der Begründung gegeben; er hat es als vollkommen natürlich bezeichnet, daß keine Genußgenossen bei dem Mangel der Möglichkeit von öffentlichen Versammlungen und Vereinen in geheimen Versammlungen zusammenkommen. Das ist weder in der Presse, noch bei den Verhandlungen im Abgeordneten-

haus bestritten, vielmehr ist constatirt worden, daß gerade dieser Umstand zu Besorgnissen Veranlassung gebe. Die Wahrnehmung, daß die Socialdemokratie darauf ausgegangen sei, Unzufriedenheit in der Bevölkerung und Haß gegen die Regierung zu verbreiten, beruhte auf Neuerungen in der socialistischen Presse und sorgfältigen Beobachtungen über das Benehmen derjenigen Personen, die demnächst aus Berlin ausgewiesen worden sind, und welches die Regierung zu der Ueberzeugung drängte, daß es ohne Entfernung der socialistischen Führer nicht möglich sein würde, zum Frieden zu gelangen. Das Eintreten der Socialdemokratie bei den Stadterordnetenwahlen und bei den Versammlungen der Fortschrittspartei hat bewiesen, daß die bereits während der Verhandlungen des Reichstages angelegten Maßnahmen der Socialdemokratie getroffen sind. Es ist ferner die Behauptung aufgestellt, daß die socialistische Partei bereits vor Verhängung dieser Maßregel auf Grund des § 28 sich dadurch einen Erfolg für die Beschränkung in der Benutzung ihrer Presse geschaffen habe, daß sie Zeitungen und Flugblätter ihrer Richtung im Auslande drucken und heimlich einführen ließ und daß das seitdem in wachsendem Maße geschehen ist.

Der Vorredner hat zugestanden, daß die „Tagwacht“ in Zürich, ein altes Organ, sofort nach dem Erlaß des Socialistengesetzes in umfangreichem Maße hier eingeführt worden ist und seitdem hat die Importation ähnlicher Schriften erheblich zugenommen. Die hauptsächlichsten derselben sind die von Karl Hirsch in Brüssel herausgegebene „Latene“ und das von Most in London redigirte Organ „Die Freiheit“, welches die Revolution mit einer Offenheit predigt, wie sie in Schriften dieser Art bisher noch selten vorgekommen ist. Der Minister liest einige Stellen aus der letzten Nummer der „Freiheit“ vor, die roth gedruckt zur Erinnerung an den 18. März erschienen ist und sich als Agitationsnummer bezeichnet. Einer dieser Sätze, den Most verfaßt hat, lautet: „Wir nahmen die altbewährte Werbetrümmer des gedruckten Wortes zur Hand und schlugen den Wirbel der Revolution, auf daß er hineintönen möchte in die Hütten wie in die Paläste, dem Einen zum Trost und zur Ermutigung, den Andern zum Entgegen. Nach bestem Wissen und Können predigten wir die rothe Republik, den radicalen Socialismus, kurzum der Keim unserer Appellation an das Volk lautete kurz und bündig: „Die ganze Rebellion, die neue Rebellion.“ (Hört!) Wie stimmt das mit der frieblichen Unterwerfung unter das Gesetz und die Ordnung des Staates überein? Die Sammlung von Beiträgen unter den Socialisten ist vom Vorredner zugegeben worden, nur befreit er den agitatorischen Zweck und behauptet, daß sie bloß zur Unterstützung der Familien der Ausgewiesenen gedient hätten. Daß in der Zeit, als die Verhängung dieser Maßregel des § 28 zur Erwägung stand, Sammlungen zu Agitationszwecken in geheimer Weise unter den Mitgliedern der Socialdemokratie hier stattgefunden haben, werden die socialistischen Mitglieder des Reichstages selbst nicht bestritten. (Abg. Bebel ruft: Beweise!) Offenkundig ist, daß die ganze Entwicklung der gegenwärtigen socialistischen Strömung bei uns auf einen Zusammenhang mit der internationalen Richtung hinweist und daß das Ueberwiegen der letzteren ein vollständiges ist. Ich erinnere an das Eisenacher und Gothaer Programm, an die auf dem Gothaer und Genter Congress abgegebenen Erklärungen, an die gegenseitige Beschuldigung der internationalen Congress, ich erinnere daran, daß der communistic Arbeiterbund in London einen besonderen Vereinsbeamten zu Agitationen für Verbreitung des „Vormärts“ angestellt hat und daran, daß die Socialdemokraten aller Länder sich gegenseitig unterstützen.

Most hat sich, obwohl er nicht aus Deutschland, sondern nur aus Berlin ausgewiesen war, dahin begeben, wo er den besten Boden für seine Thätigkeit zu finden glaubte, nach London, wo die Fäden der internationalen Verbindung am meisten zusammenlaufen und im Verein mit ihr giebt er sein Organ „Die Freiheit“ heraus, und da will man noch den Zusammenhang mit der Internationale leugnen! Was die Nihilisten anlangt, so hat der Vorredner wieder die Thatfache zugegeben, aber nicht angeführt, daß hier heute noch eine umfassende Untersuchung wegen geheimer Verbindungen mit einer Anzahl Russen schwebt und daß angefehene Mitglieder der hiesigen Socialdemokratie mit diesen Russen in Verbindung gestanden haben. Das mußte zur Veranlassung Anlaß geben. Der Zug Hasselmann's nach Berlin hat mit vollem Recht eine besondere Bemerkung in der Begründung gefunden. Gewiß wird der Zug eines einzelnen Mannes, möge er in der Socialdemokratie so viel oder noch mehr Einfluß haben als Hasselmann, zu irgend welchen Consequenzen nicht benutzt werden können, aber daß dieser Mann in dem Momente nach Berlin zog, wo scharfe Maßregeln gegen die Socialdemokratie getroffen wurden, wo er sich zeigen mußte, daß sie hier vielleicht am entschiedensten und wirksamsten würden durchgeführt werden, gab in der That zu denken, zumal da Grund vorlag zu der Annahme, daß dieser Zug die Nachfolge Most's finden und daß dieser, wie früher die öffentliche, so jetzt die geheime Agitation in praktischer Weise ins Leben führen würde. Dem mußte vorgebeugt werden! Zu Allem kommt, daß wir überhaupt in einer Zeit leben, welche zur Vorsicht und Anwendung der nöthigen Schutzmaßregeln auffordert. Es ist in der That — man könnte fast sagen — eine Epidemie von Mordanschlägen eingetreten, und daß sie auch bei uns noch nicht ganz erloschen ist, beweisen die Drohbriefe, die in ungeheurer Zahl erlassen worden sind (Zurufe aus der äußersten Linken: Auch an uns!), theils an Allerhöchste Personen, theils an andere Personen. Man kann nicht die Verantwortung übernehmen, solche Drohbriefe in den Papierkorb zu werfen, wenn Sie eine Person betreffen, an deren Leben und Wohlfahrt mehr hängt, als an dem jedes anderen Mannes (Sehr richtig.) und an dem das Land ein weit größeres Interesse nimmt, und wie ich mit Freude sage, durchgehends nimmt. (Beifall.)

Vergleichen Spuren muß man nachgehen und das Forschen ist nicht immer ohne Erfolg gewesen, denn es hat zur Beschlagnahme von Instrumenten geführt, die zu Mordanschlägen angefertigt worden sind und man ist äußerst verdächtigen Verbindungen auf die Spur gekommen. Es sind hier in Berlin sogenannte Höllenmaschinen mit Beschlag belegt worden, die hier angefertigt worden sind und dann ist in Ostpreußen eine Maschine beschlagnahmt worden, die sich allerdings wegen der mangelhaften Construction als sehr ungeschicklich erwies, aber doch auf eine explosive Wirkung rechnen konnte. Der Verfertiger, der nachher einen Drohbrief geschrieben hatte, wünfchte anscheinend später als Angeber eine Belohnung zu erhalten (Lachen links); er wurde wegen Betruges bestraft. Diese Dinge beweisen erlens, daß in der That verbrecherische Absichten bestehen und zweitens, daß solche Umstände in fribolrer Weise zu Nebenzwecken benutzt werden. Mein College Falk hat einen Brief aus England bekommen, in dem seit Giensterland mit einem angeblichen Mordplan vorausgesetzt und er aufgefordert wurde, denselben weiter zu unterstützen; der Brief war in ein so dünnes Couvert gesteckt, daß der Empfänger diese Aufschuldigung bereits von außen lesen konnte, also die Absicht, ihn damit zu schädigen, klar zu Tage lag. Uebrigens beweisen dergleichen Mißbräuche nicht, daß nicht hin und wieder in der That ernsthafte Mordanschläge geplant werden, und verschleierte Drohbriefe haben denn auch auf Spuren geführt, die zum mindesten sehr bedenklicher Natur sind. Zu erwägen ist endlich, daß die Maßregeln, welche getroffen werden, nicht allein von dem Maße der Gefahr abhängen, gegen welche sie sich wenden, sondern sich auch ganz wesentlich nach dem Werthe dessen richten müssen, was geschützt werden soll und in dieser Beziehung nimmt Berlin allerdings eine völlig exceptionelle Stellung ein. Was hier zu schützen ist, das brauche ich nicht näher auszusprechen: das lebt in dem Kopfe und Herzen jedes braven Deutschen. (Beifall.)

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abg. Liebknecht: er habe nicht bestritten, daß geheime Versammlungen stattfanden, sondern nur, daß Privatzusammenkünfte, wie zwischen Geistesverwandten natürlich, stattfanden. Er habe die Solidarität mit dem Most'schen Blatte in London nicht anerkannt; er persönlich würde es für eine Feigheit halten, dieses Blatt zu desavouiren; aber die Partei habe mit demselben nichts zu thun. Ja ein großer Theil der Partei habe die Haltung desselben mißbilligt. Wenn die Sprache des Blattes eine etwas heftige ist, so mag man sich dies aus den schweren Schicksalsschlägen erklären, die Most getroffen haben.

Abg. Hasselmann constatirt, daß ihm, einem Ausgewiesenen, durch den Schluss der Debatte das Wort abgeschnitten sei.

Das Haus genehmigte darauf den Commissionsantrag bezüglich der

Petitionen und erklärt den Rechenschaftsbericht durch Kenntnissnahme für erledigt.

Das Heutige steht darauf die zweite Berathung des Gesetzes der Zölle und Verbrauchssteuern fort.

Abg. Stumm vertheidigt die Eisenenquete-Commission gegen die Besondere vom Abg. Richter (Hagen) vorgebrachten Angriffe; er müsse den aufgestellten Behauptungen widersprechen, sonst heiße es nachher, die Dinge sind bei jeder Gelegenheit ohne Widerspruch gesagt worden, also sind sie wahr. Die „Freihandels-Correspondenz“ hat gemeint, er, der Redner, habe gegen die Angriffe sachlich nichts vorgebracht; dagegen sei doch bekannt, daß er auf Mahnung des Präsidenten damals abbrechen mußte. Der Abg. Sonnemann habe auf die Verschiedenartigkeit der Enqueten in Frankreich und England aufmerksam gemacht; in England verlesen die Sachverständigen ihr Material, ohne daß eine mündliche Discussion möglich ist; und in Frankreich seien die Enqueten zum Theil ebenfalls nicht öffentlich gewesen. Man wolle das Richtige der englischen und französischen Enqueten verbinden; die Öffentlichkeit ist dadurch gewahrt, daß Stenographen zugezogen und die Protokolle gedruckt wurden, so daß sie dem Reichstage eventuell mitgeteilt werden können. Außerdem hat eine mündliche Vernehmung stattgefunden, so daß im Kreuzverhör die einzelnen Fragen genügend festgestellt werden konnten.

Uebrigens sind die Exemplare der Protokolle nicht so geheim gehalten worden; jedes Commissionsmitglied und jeder Sachverständige hat ein vollständiges Exemplar derselben erhalten; und wenn einer der Herren auch nur den leisesten Wunsch ausgesprochen hätte, so wäre ich bereit, ihm die Protokolle zu geben; (Abg. Richter-Hagen: Ich melde mich dazu!) nur muß er dann so lange warten, bis ich sie mir von Hause kommen lasse. Eine zeugende Vernehmung, wie dies in England üblich ist, hat allerdings nicht stattgefunden, dazu hätte ein Gesetz gehört, welches der Commission ein Recht dazu einräumte; und bei der Tabaksenquete haben sich die Herren (links) selbst gegen die zeugende Vernehmung ausgesprochen und der Abg. Richter, der damals auch von der Eisenenquete sprach, hat von der zeugenden Vernehmung nichts gesagt. Uebrigens ist dieselbe gar nicht notwendig, denn die Aussagen der Sachverständigen z. B. über ihre Verkaufspreise können leicht controlirt werden nach ihren Preiscouranten u. s. w. Man hat dann von der einseitigen Auswahl der Sachverständigen gesprochen; man scheint dabei von einer ganz falschen Ansicht auszugehen darüber, wozu denn die Commission berufen ist; sie sollte keineswegs eine Zollvorlage ausarbeiten, sondern nur Material schaffen über die Lage der Eisenindustrie. Da mußten doch notwendiger Weise Leute vernommen werden, welche der Eisenindustrie angehören. Hätte die Sache so gelegen, daß vorgeschlagen werden sollte, ob und ein wie hoher Zoll erhoben werden soll, dann hätte man nicht die Interessenten vernehmen dürfen, sondern auch Leute, die kein Interesse daran haben, also auch vielleicht den Abg. Richter (Hagen), der dabei nicht interessiert ist; er spricht ja nur bei Sachen, bei denen er kein Interesse hat; da er über Alles spricht, so hat er also an allen Dingen kein persönliches Interesse. Es ist ja sehr peinlich, wenn man in Dingen, die ein persönliches Interesse repräsentieren, sprechen soll; es ist ja ein erheblicher Grund dafür, daß so wenig Interessentenberathung bei uns zu finden ist, darin zu suchen, daß die meisten Leute sich schämen, daß in öffentlichen Angelegenheiten aufzutreten, wo dieselben mit ihrem Privatinteresse zusammenfallen.

Von den 46 Sachverständigen, die vernommen wurden, waren 16 aus Rheinland und Westfalen, 6 aus Schlesien, 4 aus Elsaß-Lothringen, 5 aus Mittel-, 5 aus Süd- und 10 aus Norddeutschland. Die Landesheile, welche kein Eisen produciren, sind also erheblicher betheiligt als die eigentlichen Eisenindustriegebiete. Die Kleinindustrie soll nicht genügend berücksichtigt sein; sie hat keine so große Bedeutung, daß sie durch zwei Sachverständige nicht genügend vertreten sein sollte. Der eine derselben soll nun der einzige Schutzzöllner im Kreise Hagen gewesen sein. Nun die Wähler des Herrn Richter sind keineswegs alle mit seinem wirtschaftlichen Programme einverstanden (Widerspruch); er mag sich nur beim Centrum danach erkundigen. Der Sachverständige Mannesmann aus Remscheid hat vor seiner Vernehmung eine Versammlung der Interessenten, auch der Exporteure des Reiches abgehalten und diese hat ihn autorisirt zu erklären, daß die Remscheider schon 1873 nicht dem absoluten Freihandel geneigt gewesen, sondern stets von der Voraussetzung des gegenseitigen Freihandels ausgegangen seien. Ein Exporteur, der mit dieser Ansicht nicht einverstanden war, hat Himmel und Hölle aufgegeben, um eine Versammlung in seinem Sinne zusammen zu berufen; endlich hat er 59 Leute zusammen bekommen, davon haben sich 25 für Herrn Mannesmann und 34 gegen ihn erklärt, unter der Majorität befanden sich 2 Staatsbeamte, 1 Reichsconsulent, 4 Commis und 1 Uhrmacher. Es hat ein Eisenindustrieller seine Vernehmung beantragt, nachdem die Enquete schon abgeschlossen war und er wurde sofort einberufen. Aus der Landwirtschaft hat man zwei hervorragende Vertreter derselben vernommen aus Norddeutschland, einen aus Mitteldeutschland und einen aus Süddeutschland. Der letztere war in der Person des Herrn von Frankenstein ausgewählt, derselbe lebte ab; man wandte sich an Herrn Ramm in Stuttgart, Mitglied der württembergischen Kammer; sofort war die öffentliche Meinung bereit, ihn zu verdrängen, er soll ein Beamter des Herrn v. Barnbüler sein. Eisenhändler sind vernommen aus Stettin, Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Mainz und Dortmund; dem aus Stettin wirft man aber vor, er sei ein Agent der Laurabütte; er bezieht von dort sein Eisen, wie mancher Andere; Herr Scheele ist keineswegs als Schutzzöllner bekannt gewesen; der damalige Generalsecretär der Kaufmannschaft in Stettin, jetzige Redacteur der „Freihandels-Correspondenz“, Herr Brömel, wandte sich selbst an Herrn Scheele um Auskunft über die Lage des Eisenhandels; er war natürlich sehr erstaunt, als dieser Herr sich als Schutzzöllner entpuppte, ebenso wie die Commission darüber erstaunt. Damals war man von der Objectivität des Herrn Scheele überzeugt, jetzt nicht mehr. Ob das eine erlaubte oder glückliche Klappesweise ist, lasse ich dahingestellt.

Die Industriellen sollen sich nicht haben einpausen lassen; wenn jemand 60 bis 80 Fragen beantwortet soll, so muß er sich informieren und da war doch der Centralverein das richtige Organ. Das aber, worauf es ankommt, die eigenen Kosten und Verkaufspreise der Industriellen, haben dieselben ganz unbeeinflusst angegeben. Der Generalsecretär Büß soll sich deswegen im Kaiserhof aufgehalten haben; ich bin ebenfalls damals im Kaiserhof gewesen und habe auch Herrn Büß dort gesehen; aber so oft ich mit den Sachverständigen dort zusammengetroffen bin, ist Herr Büß niemals bei ihnen gewesen. Von einer Correctur der stenographischen Berichte durch denselben ist absolut keine Rede gewesen. Das stärkste an Verunglimpfung ist in einem Artikel der „Neuen Freien Presse“ in Wien geleistet worden, es erinnert an die schlimmsten Zeiten der „Reichsglocke“. Ich will in diesen Schmutz nicht hinabsteigen; Alles, was da geschrieben ist, erfunden. Ich kann Niemand für den Inhalt verantwortlich machen, wohl aber für den Ton und die Sprache, die sich allmählig in den Prehörungen eingebürgert hat und an denen auch Herr Richter mit Schuld ist, wenn er von „Zollbettelern“ spricht, von Millionären, die um 25 Pf. Zoll betteln. Auch Herr Sonnemann dürfte verantwortlich zu machen sein, denn dieser Schmutzartikel ist auch in der „Frankfurter Zeitung“ übergegangen. Dieser Ton ist weit entfernt von dem, was ich unter parlamentarischen Ton verstehe. Ich dachte, wir hätten alles Interesse daran, daß der sachliche Ton bei uns herrscht; ich würde mich denen nicht anschließen, welche einen Mangel an sachlichen Gründen durch Grobheiten ersetzen. Man sollte es unterlassen, durch solche persönliche Gefälligkeiten unsere parlamentarische Atmosphäre in einer Weise zu erhitzen, die des Reichstages in der That nicht würdig ist. (Beifall rechts.)

Abg. Wambarger: Ich begreife vollkommen, daß der Vorredner schon jetzt alle seine Kraft darauf concentrirt, die Stellung der Eisenenquete-Commission zu vertheidigen, denn auf die Ergebnisse ihrer Untersuchungen werden wir weiter erst später eingehen können, weil uns die ganze Mittheilung zu einer Zeit kommen wird, wo wir sie nicht mehr mit der nöthigen Aufmerksamkeit prüfen können. Die ganze Operation läuft offenbar darauf hinaus, uns die Protokolle erst im letzten Augenblick in die Hände zu geben; dann wird man uns mit jenen Argumenten kommen, die durch die öffentliche Meinung vertrieben werden: der Eisenzoll ist notwendig, er wird anerkannt und er wird votirt. Diesem Vorgehen Widerstand zu leisten ist jetzt die eigentliche Aufgabe derer, welche für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Handelspolitik sich interessieren, und ich erkläre deshalb von vorn herein, daß nicht nur die Eisenenquete in der Weise, wie sie geführt ist, Nichts beweist, sondern daß auch durch die Art, in der die Protokolle jetzt fequestrirt werden, das Zugeständniß liegt, daß wenn sie uns rechtzeitig mitgeteilt worden wären, selbst mit diesem künstlich zurecht gemachten Materiale der beabsichtigte Zweck nicht zu erreichen wäre. Der Abg. Stumm hat vollkommen Recht, wenn er behauptet, es sei ein Fehler in Deutschland, daß der gesunde Egoismus der Interessen, der natürlich mit Sachverständigkeit zusammenhängt, verdrängt und zurückgewiesen werde. Wir selbst sind solche Aeußerungen von Interessenten jederzeit sehr willkommen gewesen, nur dürfen dieselben nicht behaupten, daß ihr Urtheil als ein durchaus unbefangenes gelten solle. Wenn der Abg. Richter darauf hingewiesen hat, daß wir unsererseits keine Privatinteressen vertreten, so hat er dies nicht gethan, um dadurch gegen diejenigen, welche ihre Interessen wahren, einen Vorwurf zu

erheben, sondern weil man uns fortwährend verdächtigt, daß wir gewisse Privatinteressen verfolgten, während dies doch absolut nicht der Fall ist. Ist es mir doch passiert, daß ich, der ich von allen Geschäften fern lebe wie ein Einsiedler, wiederholt verdächtigt wurde, bei der Münz- und Bankreform aus niedrigen persönlichen Interessen gehandelt zu haben. Wenn man gar kein anderes Argument finden kann, so soll es wenigstens persönliche Eitelkeit sein, die uns treibt, für unsere Meinung einzutreten.

Ich erkenne vollkommen die Berechtigung der Forderung an, daß mehr kaufmännische und industrielle Interessen in dem Hause vertreten wären, als dies leider der Fall ist; man möge aber auch andererseits diejenigen nicht zu verdächtigen suchen, welche mit Aufopferung ihrer Gesundheit und Kraft das thun, was ihnen ihre Pflicht gebietet. Die Angriffe des Abg. Stumm gegen die „Freihandels-Correspondenz“ halte ich für durchaus unbegründet; wenn alle Blätter, die in diesem Kampfe auftraten, sich so rein von persönlichen Angriffen gehalten hätten, wie dieses, so würde Niemand Grund haben, sich zu beklagen. Die Wendung gegen die „Neue Freie Presse“ bezog sich, wenn ich nicht irre, auf ein sehr habiles Feuilleton, so daß selbst ein Gegner so strenge Ausdrücke, wie „Schmutz“, die man nur bei ernstlichen Angriffen gebrauchen soll, hier kaum anwenden dürfte. Als wir das vorige Mal über die Eisenenquete-Commission sprachen, behauptete der Abg. Stumm, der Vorsitzende derselben, Serlo, habe sich nicht von vornherein für die Eisenzölle erklärt; er müsse natürlich eine bestimmte Meinung über den Gegenstand gehabt haben. Gegen die Parallele, die der Abg. Stumm hierbei zwischen diesem Vorsitzenden und dem unserer Commission und unseres Hauses zog, protestire ich. Unsere Vorlesenden sind bloß passive Leiter der Dinge und greifen nur bezüglich der Formalien ein bezüglich der Resultate der Verhandlungen und der Meinungs-Äußerungen ist Enthaltensamkeit ihre strengste Pflicht. Der Vorsitzende der Enquete-Commission dagegen hat Fragen zu stellen, und zwar nicht bloß die des Fragebogens, sondern auch ergänzende; er hat den ganzen Gang der Debatten so zu führen, daß die Wahrheit zu Tage kommt; in seiner Hand liegt also das ganze Resultat. Wenn man ihn daher so wählt, daß man von vornherein schon wissen kann, auf welches Resultat seine Ansicht hinaus tendiren muß, so ist die Commission von vornherein mit den größten Flecken behaftet (Oh! rechts), nämlich mit dem größten Zeichen der Parteilichkeit, mit dem sie behaftet sein kann.

Wenn Herr Serlo, wie der Abgeordnete Stumm sagt, nur aus moralischen Gründen sich für den Schutz der Eisenindustrie durch neue Zölle erklärt hat, so ist das viel schlimmer, als wenn er aus technischen Gründen dafür gewesen wäre. In letzterem Falle hätte er sich durch Sachverständige umstimmen lassen können: wenn er aber nicht, um der Eisenindustrie zu helfen, die Schutzzölle verlangt, sondern als ein kleines Engagement, als moralische Ermunterung, so richtet er, bevor er Anlage und Vertheidigung gehört hat, und deswegen konnte man einen unpassenderen Präsidenten, als den, der solche Erklärungen abgegeben hatte, nicht finden. (Sehr richtig! links — Widerspruch rechts.) Der Abg. Stumm erlirbt die Parität in der Commission darin, daß ihm und v. Schlör, den Schutzzöllnern, zwei Freizöllner, der Ministerialrath Huber und unser College Meier gegenüberstehen. Die Commission war allerdings so künstlich zusammengefaßt, daß man der Form nach immer correct geendet zu haben scheint, der Sache nach aber der Zweck nicht verfehlt werden konnte. Ich will unserem verehrten Kollegen und meinem Freunde Meier nicht zu nahe treten; aber ich darf wohl ihn und den Abg. Stumm, und das ganze Haus als Zeugen nehmen, wenn ein Turnier der Meinungen aufgeführt werden soll zwischen zwei Kämpfern, wie der Abg. Stumm und der Abg. Meier, wie wird die Kraft des Widerstandes, die Sturmfluth der Worte, die der eine oder der andere entfehlen kann, sich verhalten? (Heiterkeit links — Unruhe rechts.) Ja, unser College Meier ist ich schon in hohen Jahren befindlicher niederländischer Deutscher von großer phlegmatischer Gelassenheit. (Unruhe.) Das ist keine Beleidigung; das niederländische Phlegma gehört zum Charakter dieses Theils der deutschen Nation und sie nimmt es als eine Fierde für sich in Anspruch. Der Abg. Stumm dagegen ist der Schreden aller Stenographen, das weiß er doch. Er spricht mit einer furchtbaren Facultas, um die ich ihn beneide, wie ich ihn überhaupt bewundere wegen der Energie, der Sachlichkeit, der Schnelligkeit, der Allseitigkeit, mit der er stets seine Ueberzeugung, ich will nicht sagen, seine Interessen hier und überall zu vertreten im Stande ist.

Ich bewundere ihn so sehr wegen seiner Kraft, daß ich glaube, ohne ihn wären wir vielleicht überhaupt nicht auf den Punkt des Ridgans in der Handelspolitik gekommen, auf dem wir uns befinden. (Widerspruch rechts.) Er hat Recht, immer die Partei der Eisenenquete-Commission zu ergreifen, denn er ist eigentlich die Commission, er hat sie so tambour battant geführt, daß außer ihm beinahe alles Andere verschwindet. (Heiterkeit.) Herr von Schlör nun ist der Gefandte des Königreichs Bayern hier, vollständig aus dem Conner mit der Regierung. Der Geheimrath Huber aber steht unter dem Reichskanzler, und wenn ich auch von der Unabhängigkeit seiner Ueberzeugung und seiner Eingebung zur Sache überzeugt bin, so liegt doch zur Zeit auf allen Beamten des Reichs aus der alten Schule ein gewisser Druck, so daß sie sich nicht mit dem Behagen bewegen, wie diejenigen, welche sich von der Anschauung des Reichskanzlers geführt fühlen. Das wirkt aber auf einen Mann, wenn er in eine Commission geschickt wird, in der, wie man weiß, die Meinung des Reichskanzlers durch ganz entgegengesetzte Anschauungen vertreten ist. Auch hier ist nur die Form gewahrt, der Inhalt verkehrt worden. Ich hoffe, daß, wenn wir einmal in die Berathung eintreten und uns Zeit lassen wird, überhaupt von den Protokollen zu sprechen, uns auch die Manuscripte der stenographischen Vernehmungen vorgelegt werden. Man behauptet nämlich — ich will das bis jetzt durchaus nicht zu meiner Ansicht machen — es seien ganz außerordentliche Correcturen an diesen Aussagen sogar im Kaiserhof vorgenommen worden, in diesem Hauptquartier, wo eine Anzahl sehr wohl unterrichteter Vertreter der Eisenindustrie sich in Permanenz erklärte. Der stärkste Beweis der Befangenheit der Eisenenquete liegt jedenfalls darin, daß jetzt seit 3 Monaten alle die Protokolle, die zur Aufklärung des Reichstages und der Nation dienen sollten, fequestrirt liegen. Hätten die geistigen Leiter der Commission ein gutes Gewissen, so würden sie ruhig darüber sein, daß selbst mit allen Künften, die hier angewandt sind, doch nicht so viel Material übrig geblieben sei, um sie sachlich zu widerlegen. Die Mitglieder der Commission sind ja dafür, daß die Protokolle fequestrirt werden, nicht unmittelbar verantwortlich, aber sie werden doch ihre Solidarität mit der deutschen Regierung in dieser Frage nicht abschütteln wollen.

Der Reichskanzler-Präsident lehnte Ende des vorigen Jahres mein Gesuch um Ablassung einiger Exemplare dieser Protokolle aus formellen Gründen ab; als ich ihn vor 4 Wochen hier daran erinnerte, schwie er. Aus Respekt vor diesem Hause muß doch endlich einmal gesagt werden, warum uns diese wichtige Mittheilungen vorenthalten werden. Der Bericht der 2 Mitglieder der Commission ist seit Monatsfrist gedruckt. Wenn ich vom Abg. Stumm mir einige Exemplare erbeten und erhalten hätte, so hätte er es vielleicht als Mißbrauch seiner Güte angesehen, wenn ich dann kritische Bemerkungen darüber gemacht hätte. Es ist auf diesen 800 Seiten so viel intrinseque Material, daß man sie in der kurzen Zeit, die uns jetzt wahrscheinlich noch von der Entscheidung trennt, nicht einmal percurriren kann. Man hätte sie wenigstens einzelnen Interessenten übergeben sollen. Aber man fürchtete die Agitation gegen die Eisenzölle, die vielleicht die Position, zu der man kommen will, wesentlich erschüttert hätte. Die Hauptzahl der vernommenen Sachverständigen ist nach Vorschlägen des Vorstandes des Centralvereins für Eisen-Industrie zusammengefaßt. Von 32 in einem vertraulichen Circular dieses Vorstandes vom 24. Mai 1878 aufgeführten Personen sind 23 vernommen, als solche, die seit Jahr und Tag auf Wiedereinführung der Eisenzölle hinabsehen. Von Vertretern der Landwirtschaft wurde an die Stelle des als Freihändler bekannten Herrn v. Frankenstein später der bekannte Herr Ramm, früherer Geschäftsführer des Herrn von Barnbüler, gesetzt. Gegen die Aussagen desselben, soweit er Tatsachen vorgebracht hat, habe ich keine Bedenken; soweit man ihn aber nach seinem Urtheil über allgemeine handelspolitische Grundsätze vernommen, hat er natürlich die Antwort gegeben, die voraussetzen war und die schließlich eine ganze Menge von Herren aus Gutwilligkeit und Gefälligkeit gegen die Stimmung der Commission am Schluß der Vernehmung gegeben hat: ein Wischen Eisenzoll wird nicht schaden, es wird im Allgemeinen das Geschäft heben. Von Landwirthen ist außer Herrn Ramm noch unser College Diez vernommen worden, gegen den ich gleichfalls bedeutende Einwände habe. Einen Mann von so intimer Beziehung zum Reichskanzler hätte man nicht zum Zeugen nehmen sollen, wo der Reichskanzler Ankläger ist.

Auch die wenigen Industriellen, die aus dem Norden und Osten Deutschlands vernommen sind, geben Anlaß zu Einwänden. Herr Scheele ist in Stettin dafür bekannt, daß er im Augenblick der einzige Großhändler und Schutzzöllner ist, der zu haben war, und der Zufall hat es gewollt, daß dieses Unicum dort aufgetrieben wurde. Was den andern Vertreter betrifft, so liegt die Sache hier noch viel trauriger. Aus der ganzen bedeutenden Kleinindustrie von Remscheid, Lüdenscheid und Solingen hat man einen einzigen Mann berufen, und zwar einen entschiedenem Schutzzöllner. Herr Stumm meint zwar, die Kleinindustrie sei bei der Schutzzollfrage gar nicht betheiligt, sie habe mit der fremden Concurrenz nichts zu thun, aber

gerade weil sie ihr Rohmaterial aus England bezieht, wird sie durch einen Zoll todgeschlagen. Als auf meine Veranlassung das Protokoll über die Vernehmung des Herrn Mannesmann nach Remscheid geschickt wurde, erhob sich ein Sturm der Indignation darüber, daß derselbe seine persönliche Meinung als den Ausdruck des ganzen Reiches gegeben hat, und eine Versammlung erhob entschiedenen Protest dagegen. In England sind bekanntlich die Enqueten öffentlich, und auch bei unserer Baumwollen-Enquete konnten alle vernommenen Zeugen dem Verhör bis zum Ende beizubohnen. In Frankreich steben zwei Tage nach jeder Vernehmung Auszüge des Protokolls im „Journal officiel“ und kurze Zeit darauf werden die ganzen Protokolle veröffentlicht; wir haben von den unserigen noch nichts in Händen, obwohl sie bereits seit vier Monaten gedruckt sind. Auf die Bereinigung der vernommenen Sachverständigen lege ich ebenso wenig Werth, wie der Abgeordnete Stumm; wenn der Letztere aber behauptet, es hätten sich noch andere Sachverständige zur Vernehmung melden können, so muß ich ihm doch erwidern, daß die Handelskammer meiner Vaterstadt einen der größten Eisenhändler Deutschlands vorgeschlagen hatte, den man nicht acceptirt hat. Ebenso weiß ich von verschiedenen Kollegen, daß sie mit ihren Vorschlägen von Sachverständigen nicht durchdringen konnten. Herr Stumm wird mit seiner Enquete glänzend gerechtfertigt dastehen neben der Tarification. Hier sind doch 46 Sachverständige gehört, ihre Ziffern sind fixirt worden, die stenographischen Protokolle sind vorhanden. Jetzt hat man nur eine Cur; so wie etwas krank ist, wird ein Zoll hergeholt, und je weniger man von den Dingen weiß, desto sicherer ist man im Curiren; wo die wissenschaftliche Medicin verzweifelt, finden sich immer noch Naturärzte. (Heiterkeit.) Man bringt ein ganzes System von Zöllen und Rückvergütungen. Man hat immer aus Frankreichs Wohlstand exemplificirt, der durch die Schutzzölle entstanden sein soll. Frankreich ist wohlhabender, wir haben noch eine mühsam groß gezogene Industrie. Wenn wir jetzt mit rauher Hand hineingreifen, so werden wir das Experiment nicht so gut ausfallen, wie Frankreich seine Krisen. (Beifall.)

Abg. Reichensperger (Cresfeld): Ich bin nicht autorisirt, das Siegel zu brechen, welches bis jetzt die Haltung des Centrums in diesen Fragen geschlossen hat. Ich bin mir persönlich darüber klar, daß man mit bloßen Ziffern in diesen Dingen kein Resultat erzielen kann; mit diesen steigt, wer am meisten vorbringt und sie am geschicktesten gruppirt. Die Wahl- und Schlachtsteuer scheint in dem System des Abg. Richter eine wunderbare Stelle zu sein, er legt wenigstens öfter ein Pflaster darauf; so hielt er vorgestern dem Abg. v. Kardorff das Wort Friedrichs des Großen, das jetzt als Schlagwort vielfach angewendet wird, entgegen, daß er dem armen Mann sein Brot und sein Fleisch vertheuern wolle. Trotzdem ich nach meinen religiösen Grundätzen mich mit der Noth des armen Mannes vorzugsweise (Widerspruch) zu beschäftigen habe, bin ich ein noch entschiedener Anhänger dieser Steuer, als der Abg. v. Kardorff, der sie an die Grenzen des Reichs verlegen will. Von der Aufhebung derselben haben sich jetzt nur die Wälder und Fleischer den Profit gebabt, der arme Mann bezahlt nur mehr directe Steuern. In Köln haben nur die vielen Reisenden durch die Aufhebung einen Vorteil, die bisher erheblich zu dieser Steuer beitrugen. Breslau wird aus diesen Gründen mit vollem Recht diese indirecte Steuer nicht aufheben. Es ist mit Ziffern nie zu beweisen, wer die Steuern auf Nahrungsmittel trägt. Auch in England wurde der Theezoll angeblich zu Gunsten des armen Mannes abgeschafft; da aber der Thee trotzdem nicht billiger wurde, führte man ihn in der früheren Höhe wieder ein. Also das Argument, daß durch Steuern auf Nahrungsmittel vorzüglich die ärmeren Klassen belastet würden, müsse vollständig aus unseren Debatten verschwinden.

Abg. Richter: Der Vorredner hat für seine Confessionsgenossen den Versuch in Anspruch genommen, sich der Noth der Armen anzunehmen; etwas stärkeres ist wohl von dieser Stelle aus nicht gesagt worden. Alle Confessionsgenossen theilern in der Armenpflege. Weiß der College Reichensperger nicht, was die Juden für ihre Armen thun? Was dann die Wahl- und Schlachtsteuer angeht, so ist statisch festgestellt, daß in Breslau die Fleischpreise um den Steuerbetrag höher sind als in andern Städten, die vor der Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer mit Breslau gleiche Preise hatten. Aber daraus folgt nichts. Man könnte sonst ebenso gut sagen, es wäre der Zustand in Frankreich, wo die indirecten Steuern über 40 Mark pro Kopf betragen, wünschenswerth. Auch die Franzosen wünschen die hohe indirecte Besteuerung nicht; aber bei ihrer Schuldenlast bleibt ihnen nichts anderes übrig. Der Abg. Stumm hat sich über den Ton der liberalen und freihändlerischen Presse gegen die Eisenzöllner beklagt; über den Ton in den Zeitungen wollen wir uns hier doch nicht unterhalten. Ich möchte ihm den Artikel des Herrn Elsner von Cronow über den „illegitimen“ Handel empfehlen; er wird vielleicht die Macht haben, da einzugreifen. Was die Eisenenquete-Commission angeht, so frage ich Sie, was muß es für einen Eindruck im Lande machen, wenn in dem Augenblicke, wo das Wohl und Wehe von Tausenden, ja der ganzen Küstenprovinzen auf dem Spiele steht, der Vorsitzende der Commission erklärt: die Eisenzölle bringen den Eisenproducenten keinen Nutzen, sie sollen ihnen nur wieder Muth und Vertrauen geben. Kann man bei einer solchen Behandlung der Dinge ernsthaft bleiben, wenn man das Wohl und Wehe der Küstenprovinzen aufgiebt, um nur den Eisenproducenten etwas Courage zu geben? Die Herren haben es durchgesehen, daß ihre Klagen gehört wurden, die Küstenprovinzen sind nicht in dieser glücklichen Lage gewesen. Die deutsche Rederei hat 5000 Schiffe, darunter ca. 350 Dampfschiffe, mit einer directen Besatzung von 72,000 Mann; sie steht augenblicklich sehr schlecht; trotzdem ist sie niemals mit Klagen an den Reichstag gekommen.

Der Präsident des Reichskanzleramts sich die Lage der Rederei klar gemacht? Ist ihm bekannt, daß die Frachten um ca. 30 % zurückgegangen sind? Ein Hebrer, ein Patriot im besten Sinne, hat mir gesagt, wenn das Programm des Reichskanzlers Wirklichkeit werden sollte, müßte er nach England wandern mit seinem ganzen Capital. Ist das Schutz der nationalen Arbeit? Ein allgemeiner Eingangszoll ist eine Vernichtung der Küstenprovinzen. Wie steht es denn mit der Eisenindustrie? Herr v. Kardorff sollte einmal nach Amerika, dem Eldorado der Schutzzölle, einen Blick auf die dortige Eisenindustrie werfen. Wir haben im Jahre 1873 in Amerika 700 Hochöfen im Gange gehabt, und im Jahre 1877 waren nahezu 400 ausgeblasen, trotz des Schutzzolls; mit den Zöllen allein kann man die Sache in der That nicht machen. (Sehr richtig! rechts!) Wenn man jetzt einen Nothenszoll von 50 Pfennigen pro Centner projectirt, so halte ich das für einen tiefen Schnitt in die Concurrenzfähigkeit unserer kleinen Eisenindustrie, die auf billiges Nothessen angewiesen ist und ebenjodel, von einem gewissen Gesichtspunkte aus sogar mehr, Arbeiter ernährt, wie die Großindustrie. Was wir jetzt in Bezug auf die Umstimmung gewisser landwirtschaftlicher Kreise erleben, haben wir in unserem öffentlichen Leben seit langer Zeit nicht gesehen. Allerdings haben Einzelne, z. B. die Herren v. Medell und Flügge als Vernommene in der Eisen-Enquete den alten Standpunkt treu bewahrt, daselbe gilt zu meiner Freude von der „Neuen Preussischen Zeitung“, so daß wir wenigstens einen gewissen Halt in den Kreisen haben, von denen man bisher annahm, sie seien alle plötzlich und ohne Veranlassung in das andere Lager umgeschwenkt. An der Abschaffung der Eisenzölle haben den wesentlichsten Theil die Vertreter der Landwirtschaft, die landwirtschaftlichen Vereine und Congressse gehabt und wie steht es heute? 53 landwirtschaftliche Vereine, welche im Jahre 1877 an den Reichstag Petitionen um Aufhebung beziehentlich Nichtwiedereinführung der Schutzzölle schickten, haben jetzt eine Petition eingeschickt in Uebereinstimmung mit der bekannten Petition des Vereins in Zweifeln-Zena.

Es ist fast wie eine ansteckende Krankheit, die von Ort zu Ort geht und der man nicht widerstehen kann. Mir scheint aber doch auch in den landwirtschaftlichen Kreisen jetzt der Gedanke zurückzukommen, der vielleicht bald die Oberhand gewinnt, daß die Landwirtschaft schließlich ganz gehörig und für eine lange Dauer die Fede bezahlen wird. Ich kann nicht begreifen, daß dieselben Männer, welche Jahre lang darüber Klage geführt haben, daß die Landwirtschaft ruinirt werden müsse, weil die Industrie eine unnatürliche Ausdehnung habe, dem Landbau die Arbeiter entziehe und die Arbeitslöhne steigere, sich heute dazu hergeben, künstlich eine Industrie zu begünstigen, die, wenn sie sich auf dem unnatürlichen Wege weiter entwickelt, wiederum Alles das herbeiführen wird, worüber die Landwirtschaft früher geklagt hat. Es war ja ein erfreulicher Zustand der Gesundheit, daß nach dem unermesslichen Krad die Arbeiterbevölkerung wieder nach dem Lande zurückströmte und die Arbeitslöhne, wenn auch nur allmählig, wieder zurückgingen (Widerspruch im Centrum), im Osten ganz gewiß. Herr v. Kardorff will das Aequivalent für die durch Einführung von Getreide- und anderen Zöllen im Preise steigenden Lebensbedürfnisse in der Erweiterung des Arbeitsmarktes finden, aber die Theorie soll erst erfunden werden, daß man eine Nation dadurch kaufkräftiger macht und den Arbeitsmarkt dadurch erweitert, daß man die Preise der Lebensmittel nicht nur, sondern aller Verbrauchsgegenstände durch Eingangs- Zölle erhöht. Ich habe immer angenommen, es gehöre zu den Elementen jeder Volkswirtschaft — auch der Rikfin, Herr von Kardorff, — daß nichts gefährlicher wäre, als durch derartige Eingangs- Zölle die Verbrauchsgegenstände zu vertheuern und daß dies notwendig die Kaufkraft schwächen muß, um so mehr bei einem Lande, dessen Industrie zum größten Theil auf den Export angewiesen ist. Man muß aber auch in Erwägung ziehen, wie die Sache betrieben wird. Man klagt immer über die Agitation der

Freihändler, aber sie kann nicht mit dem verglichen werden, was von der anderen Seite ins Werk gesetzt wird: Flugschriften von Hessel und Gefinnungsgenossen findet man in jedem Krug, jedem Bauerngut, bei jedem Gutsbesitzer.

Bei vielen Landwirthen macht sich jetzt schon ein Umschwung der Gesinnung bemerkbar, und bei uns in Westpreußen haben wir eine erhebliche Zahl der hervorragendsten Landwirthe, welche nach wie vor gegen den Schutz Zoll auf Getreide und Eisen c. protestiren. Ich hoffe, es wird zur Aufklärung hierüber kommen, wenn wir der Vorlage und Bittens gegen Ziffern gegenüberstellen. Man verweist immer darauf, daß England, Frankreich und Oesterreich sämtliche Getreidezölle hätten und wir uns in einer völligen Ausnahmestellung befinden. Aber England hat keine Getreidezölle mehr, Oesterreich hat sie am 1. Januar d. J. abgeschafft. Holland gleichfalls, in Frankreich beträgt der Zoll nur 32 Pf. und in der Schweiz 12 Pf. pro Ctr. Wir würden also geradezu entgegen allen civilisirten Nationen handeln, wenn wir diese Zölle einführen. Es wird immer gesagt, Frankreich sei das Ideal der Zollpolitik. Allerdings hat Frankreich eine Einnahme pro Kopf der Bevölkerung von 4,88 M., während wir in Deutschland nur 2,83 M. haben. Vor dem Kriege hatte Frankreich erheblich niedrigere Einnahmen an Zöllen; als es nach dem Kriege gezwungen war, die durch denselben erwachsenen colossalen Lasten zu decken, hat man einzelne Zölle, nämlich die auf Cacao, Pfeffer, Petroleum erhöht und damit eine Steigerung von 121 auf 244 Millionen Frs. herbeigeführt. Auf dem Gebiete der Finanzzölle sind wir nicht so widerstrebend, sondern bereit, dem Reiche die nöthigen Einnahmen zu schaffen und die directe Steuerlast nach Kräften zu vermindern. Es ist auch in keiner Weise erwiesen, daß Frankreich eine erheblich andere Zollpolitik befolgte als wir. Und wäre dies der Fall, ist denn im Augenblick die Industrie in Frankreich glücklicher daran als bei uns? Haben nicht auch in Lyon die Arbeiter vom Maire Brod oder Arbeit verlangt und hat nicht der Maire den Nothstand anerkannt? Und dabei ist Frankreich viel reicher als Deutschland.

Wir werden Ihnen später den Beweis führen, daß Sie mit der Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel für das Volk durch Getreidezölle eine verderbliche Politik einschlagen. Im Ernst kann der Abgeordnete v. Kardorff doch wirklich nicht meinen, daß er erst pater peccavi sagen will, wenn er durch eine solche Zollpolitik unsere Küstenländer und unsere Landwirtschaft tödtlich getroffen hat. Eine solche Methode ist unerhört, wir dürfen sie unter keinen Umständen dulden. Auf wirtschaftlichem Gebiet muß man zögernd, langsam, vorsichtig experimentirend vorgehen, aber nicht durch derartige brillante Experimente die ganze wirtschaftliche Kritik über den Haufen werfen. — Früher hat man die Zeit von 1810—1818 zur Vorbereitung einer Steuerreform gebraucht, während heute eine Tarif-Commission mit Ausschluß der Öffentlichkeit über die Lebensfragen ganzer Provinzen und Industrien entscheidet. Durch den von der Commission projectirten Holz Zoll würde nach dem Urtheil der Sachverständigen der gesammte Holzhandel meiner Heimath mit seinen Tausenden von Arbeitern vernichtet. Schützen Sie auch hier die nationale Arbeit. Die Dissee-provinzen haben wegen ihrer geographischen Lage zwischen dem Meere und einer verschlossenen Grenze Jahrzehnte schwere Opfer für die Binnen-Industrie bringen müssen und man hat sie mit ihren Klagen bis auf den Zeitpunkt vertröstet, wo diese Industrie stark genug sein würde, sich selbst zu helfen. Diesen Zeitpunkt bieten die jetzigen eifrigen Vertheidiger der Eisenzölle im Jahre 1873 gekommen. Die Dissee-provinzen glaubten nun von ihrer natürlichen Lage Nutzen ziehen zu können, und jetzt will man sie nicht nur auf den alten Standpunkt zurückführen, sondern ihnen noch viel erheblichere Opfer zumuthen. Und zu diesen Beschlüssen der Tarif-Commission müssen die Interessenten schweigen, weil sie nichts Authentisches darüber erfahren. Ich richte deshalb an den Präsidenten des Reichskanzleramts die Anfrage, ob nicht noch jetzt in der zwölften Stunde die Vertreter der Landwirtschaft aus unseren Dissee-provinzen eben so gut gehört werden sollen, wie die Vertreter der Binnen-Industrie. Sie haben sich durch ihre vielen Opfer ein Recht darauf erworben. (Lebhafter Beifall links.)

Präsident Hofmann: Ich kann nicht in Erörterungen über Vorlagen eintreten, die noch nicht gemacht sind. Erst wenn diese vorliegen, kann ich die erhobenen Vorwürfe widerlegen. Die Angriffe auf die Commission haben jetzt keinen praktischen Werth, weil ihre Gutachten noch nicht Beschlüsse der Regierung sind. Ich bitte das Haus, abzuwarten bis das zur Begründung der Regierungsvorlagen beigebrachte Material Gelegenheit zur Kritik der Methode der Commission giebt. Der Vorredner hat einen Appell an die Regierung gerichtet, auch die Interessen der deutschen Küstenstriche und der deutschen Rheiderlei im Auge zu behalten. Die Klagen über die Lage derselben sind gewiß begründet und beweisen nur, daß unsere bisherige Zoll- und Handelspolitik auch für sie nicht fördernd gewirkt hat. (Widerpruch links.) Die Regierung untersucht diese Interessen keineswegs und ist vollständig bereit, auch die Mittel in Erwägung zu ziehen, um diesen Theilen des deutschen Gewerbes zu Hilfe zu kommen. Der Reichskanzler besonders beschäftigt sich mit dieser Frage eingehender, als der Vorredner voraussetzen scheint. Eine Enquete darüber will jetzt wohl auch der Vorredner nicht, sollte aber Werth darauf gelegt werden, so wird die Regierung dieser Frage bereitwillig näher treten. Wenn bestimmte Regierungsvorlagen vorhanden sind, wird man auch auf diese Punkte näher eingehen können.

Die Diskussion wird geschlossen. Aus der Reihe der persönlichen Bemerkungen heben wir folgende hervor:

Richter (Hagen) constatirt, daß Stumm auf den materiellen Theil seiner vorgelegten Rede gar nichts erwidert habe, er habe nur gegen einen beiläufigen Satz derselben über die Zusammenfügung der Eisen-Enquete-Commission polemisiert. Auch mache Stumm ihn mit Unrecht für jede heftige Aeußerung in der freihändlerischen Presse verantwortlich, deren Ton doch nur durch die aggressive schußhölzerne Presse provocirt werde. Er habe nicht die Berechtigung und Sachverständigkeit von Interessenten bei der Geltendmachung ihrer Interessen bestritten, sondern nur seine Integrität den verführten Insinuationen v. Kardorff's gegenüber constatirt.

v. Wedell-Machow erklärt in seinem und Flügel's Namen, daß ihnen für ihre Aussagen von der Eisen-Enquete-Commission Material von der Freihandelscommission oder von der Freihandelspartei nicht gegeben worden sei, wie man aus einer Aeußerung Stumm's vielleicht mißverständlich schließen könne.

Stumm erklärt Bamberger gegenüber, daß er gegen die Berufung des von Mainz vorgeschlagenen Eisenverhandlungs gewirkt habe, weil derselbe sein Hauptargument in Eisen sei und deshalb gemäß seines Gutachtens wegen ebenso verdächtig werden wäre, wie der Stettiner Sachverständige als Agent der Laubhütte.

Meier (Bremen): Ich war in der Enquetecommission durchaus frei in der Stellung der Fragen zur Nichtstellung des Sachverhalts; der Vorliegende war gegen mich unparteiisch. Ein drittes Exemplar der Protokolle konnte ich nur mit Mühe durch die Specialerlaubnis des Reichskanzleramts-Präsidenten erlangen. Der Abg. Bamberger hat mir als Grund, weshalb ich meine Ansicht in der Commission nicht so eifrig vertreten habe, wie der Abg. Stumm die seinige, mein Alter angegeben. Mein Alter kann ich nicht leugnen, ich trage es aber noch ziemlich leicht. Was er von meinem Phlegma gesagt hat, so wollte ich, daß das wahr wäre. Den meisten Kummer im Leben hat mir aber mein etwas ungesüßtes Temperament gemacht. (Beifall links.) Ich hätte dem Abg. Bamberger mehr Menschenkenntnis zugetraut.

Zit. 1 (Zölle) wird bewilligt.
Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Stat.)

Berlin, 17. März. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des Reiches den bisherigen Consular-Agenten Friedrich Keller zum Vice-Consul in Haifa (für Haifa und Akko) ernannt.

Se. Majestät der Kaiser hat den Hauptmann und Batterie-Chef im 1. Westfälischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 7, Daniel Ludwig Wilhelm Rippold, in den Adelsstand erhoben.

Se. Majestät der Kaiser hat den praktischen Arzt u. Dr. Carl August Vogel in Raumburg a. S. den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Die Wahl des ordentlichen Lehrers am Gymnasium in Stralsund Dr. Wilhelm Fielitz zum Oberlehrer am Gymnasium in Wittenberg ist genehmigt worden.

[Bekanntmachung.] In Gemäßheit der Vorschrift im § 3 der Kaiserlichen Verordnung vom 2. v. M. (Reichsges.-Bl. S. 9), nach welcher jeder aus Ausland kommende Reisende verpflichtet ist, beim Eintritte über die Reichsgrenze behufs Gestattung der Weiterreise seinen Paß der diesseitigen Grenzbehörde zur Visirung vorzulegen, sind nachstehende Behörden mit der Visirung der Pässe der aus Ausland kommenden Reisenden beauftragt worden:

I. in der Provinz Posen,

a. für die Landesgrenze im Regierungsbezirk Posen:

die Verwalter der Hauptzollämter Stalmierzyce, Pogorzelle und Strzaltowo, und

die Verwalter der Nebenzollämter Podzamce, Boleslawice, Grabow, Boguslaw, Wozzowo und Kobakow;

b. für die Landesgrenze im Regierungsbezirk Bromberg:

die Verwalter der Nebenzollämter Woycin, Zerkow, Neutrumlinie und

Bypros. Nur in Posen, Kreis Gnesen, wird die Passirung von der Ortspolizeibehörde bewirkt werden;

II. in der Provinz Schlesien,

und zwar im Regierungsbezirk Oppeln:

- 1) der Königliche Landrath, Geheime Regierungsrath Graf Monts zu Conzadt,
 - 2) der Königliche Landrath Graf d'Haussonville zu Rosenberg,
 - 3) der Königliche Landrath von Klixing zu Lublin,
 - 4) der Königliche Landrath von Klixing zu Lublin,
 - 5) der Königliche Landrath von Wittke zu Benitz D.-S.,
 - 6) der Königliche Landrath Grundmann zu Kattowitz;
- außerdem insbesondere
- 7) der Bürgermeister Radli zu Woißnit für den Grenzübergang bei Woißnit, Kreis Lublin,
 - 8) der Amtsvorsteher Bichardi zu Neudel für den Grenzübergang bei Ostrow, Kreis Tarnowitz,
 - 9) der Bürgermeister Ruppel zu Kattowitz für die per Eisenbahn ankommenden Reisenden aus der Bahnhofe Kattowitz,
 - 10) der Bürgermeister Scharf in Myslowitz für den Grenzübergang bei Myslowitz, Kreis Kattowitz.

Berlin, den 13. März 1879.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: Ribbed.

[Allerhöchster Erlass vom 7. August 1878, betreffend die anderweitige Ordnung der Geschäftskreise mehrerer Ministerien.] Nach dem Bericht des Staats-Ministeriums vom 24. Juli d. J. genehmige Ich, daß 1) die Verwaltung der Domänen und Forsten vom Finanz-Ministerium auf das Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, welches demnach die Bezeichnung „Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten“ zu führen hat, übergehe; 2) die Verwaltung der Angelegenheiten von Handel und Gewerbe von dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten getrennt und für dieselbe ein eigenes „Ministerium für Handel und Gewerbe“ gebildet werde; 3) die Verwaltung der übrigen, bisher im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vereinigten Verwaltungszweige in diesem Ministerium, welches demnach die Bezeichnung „Ministerium der öffentlichen Arbeiten“ zu führen hat, verbleibe. Mit der Ausführung dieses seiner Zeit durch die Gesetz-Sammlung zu veröffentlichen Erlasses sind der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und der Finanzminister beauftragt.

Homburg v. d. Höhe, den 7. August 1878.

Im Allerhöchsten Auftrage: Sr. Majestät des Königs:

Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

Graf zu Stolberg, Graf von Kameke, Friedenthal.

Graf zu Eulenburg, Maybach, Sobrecht.

[Allerhöchster Erlass vom 14. October 1878, betreffend die Ueberweisung des technischen Unterrichtswesens an den Minister der geistlichen u. Angelegenheiten.] Auf den Bericht des Staats-Ministeriums vom 11. d. M. genehmige Ich, hierdurch im Verfolg Meines Erlasses vom 7. August d. J. die Ueberweisung des technischen Unterrichtswesens, soweit dasselbe zur Zeit mit der Handels- und Gewerbeverwaltung verbunden ist, jedoch mit Ausnahme des Navigationsschulwesens, an den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten. Mit der Ausführung dieses seiner Zeit durch die Gesetz-Sammlung bekannt zu machenden Erlasses sind die Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten beauftragt.

Neues Palais bei Potsdam, den 14. October 1878.

Im Allerhöchsten Auftrage: Sr. Majestät des Königs:

Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

Graf zu Stolberg, Leonhardt, Graf von Kameke.

Friedenthal, von Bälou, Hofmann, Graf zu Eulenburg.

Maybach, Sobrecht.

Berlin, 17. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute Vormittag den Vortrag des Chefs des Civil-Cabinetts, Wirtl. Geh. Rath's von Wilmowski, entgegen und empfing den Obersten Krause, Abtheilungschef im Großen Generalstabe.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war vorgestern bei dem Vortrage des Wissenschaftlichen Vereins in der Singakademie anwesend.

— Berlin, 17. März. [Die Vorlage des Berliner Tractates und des Vertrages bezüglich Abänderung des Artikels V des Prager Friedens.] Dem Bundesrathe ist jetzt auch wie dem Reichstage der Berliner Vertrag zur Kenntnissnahme unterbreitet worden, jedoch ist nicht anzunehmen, daß dort oder im Reichstage sich daran eine Debatte knüpfen möchte. Ebenso ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der Reichstag auch über die ihm vorgelegte Revision des Artikels V des Prager Friedensvertrages auf weitere Debatten nicht eingehen wird.

— Berlin, 17. März. [Der Berliner Belagerungs-Zustand und die Socialdemokratie im Reichstage.] Der über Berlin verhängte kleine Belagerungszustand machte sich heute nur insofern bemerkbar, als der Rechenschaftsbericht der Regierung über die Ausführung des Socialistengesetzes im Reichstage zur Verhandlung gelangte. Die Mehrheitspartei des deutschen Parlaments nahm keine Veranlassung, von dem Einspruchsrechte, welches ihm das Gesetz giebt, Gebrauch zu machen, wenn auch einzelne Abgeordnete, wie wir hören, die Absicht hatten, das Wort zu ergreifen. So kam es, daß der Schluß der Debatte mit überwiegender Mehrheit angenommen wurde, nachdem ein Mitglied der socialdemokratischen Partei sich über die Gründe, welche der Rechenschaftsbericht anführt, des Weiteren ausgelassen und der Vertreter der Regierung darauf geantwortet hatte. Der Redner der socialdemokratischen Partei, Abg. Liebknecht, sprach vor leeren Tribünen, was jedenfalls beweist, daß die socialdemokratischen Angelegenheiten vom größeren Publikum als abgethan betrachtet werden. Dieses Gefühl der Interesslosigkeit einer Sache, die nur durch absonderliche Mißstände in den Kreis der parlamentarischen Wirksamkeit gezogen worden ist, mag auch den Abg. Liebknecht überkommen haben, denn er beschränkte sich in der ersten Hälfte seiner Rede einer Wäpzigung, die mit seinen sonstigen Gepflogenheiten in schroffem Widerspruch stand. Jedenfalls war es sehr bezeichnend, aus dem Munde dieses Führers der Socialdemokratie wiederholt und wörtlich die Unterwerfung seiner Partei unter das Socialistengesetz betonen zu hören. Er erklärte, daß die Socialdemokratie nicht Revolution machen wolle, was ein Unsinn sei, sondern daß sie eine wahrhafte Reformpartei wäre. Der diese harmlosen Versicherungen über das Thun und Treiben der Socialdemokraten gehört, hätte denken müssen, daß sie ihr Programm und sich selbst seit dem Erlass des Socialistengesetzes völlig geändert haben. Versicherte doch Herr Liebknecht, daß seit dem Erlasse des Gesetzes keine Excesse vorgekommen seien, während soeben aus Dresden gemeldet wird, daß eine Rote von 500 Socialdemokraten zwei Mal nach einander eine vom Reichstagsabgeordneten Dr. Günther (Nürnberg) berufene Versammlung der Fortschrittspartei trotz der Intervention der Polizei mit brutaler Gewalt sprengte. Bezeichnend war es ferner, daß Herr Liebknecht Namens seiner Partei einerseits in der unterwürfigsten Weise erklärte, die Brandstiftungen der socialdemokratischen Propaganda im Auslande nicht zu billigen und mit deren Redacturen nicht gemein zu haben, andererseits aber mit Pöthos auszuführen suchte, weshalb er und seine Genossen im Reichstage sich bei dem üblichen Hoch auf den Kaiser nicht von ihren Sitten erhoben haben. Die aufregende Scene, welche diese Erklärungen hervorriefen und die eine patriotische Kundgebung des Hauses herbeiführten, war ein guter Vorläufer für die morgen beginnenden Verhandlungen der Geschäftsordnungs-Commission über die von der rechten Seite des Hauses befürwortete Verstärkung der Disciplinargewalt des Präsidenten. Das heutige Verfahren desselben hat jedenfalls bewiesen, daß die bestehende

Geschäftsordnung sich als vollständig ausreichend erwies, um Ausschreitungen eines Redners zu verhindern.

[Verbot auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878.] Der „Allgemeine Bürgerverein“ in Geyer (Königreich Sachsen).

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Stettin, 17. März. Gestern Abend sind die ersten Dampfer von Swinemünde hier eingetroffen. Die „Titania“ ist von hier nach Kopenhagen abgegangen.

Wien, 17. März. Der „Polit. Corresp.“ wird aus Athen vom 16. d. gemeldet, die griechische Regierung habe ihre Commissäre in Preveza angewiesen, die neuen Instruktionen für die türkischen Commissäre abzuwarten. Falls diese Instruktionen mit dem Berliner Vertrage nicht übereinstimmen, sollten die Commissäre das Protocol unterzeichnen und abreißen. Der Minister des Auswärtigen, Delvannis, habe sich bereits jetzt wegen Vermittelung an die Mächte gewendet, gleichzeitig die Weigerung der Türkei constatirend.

Segedin, 17. März. Auf die Ansprache des Segediner Bürgermeisters Pollny entgegnete der Kaiser: Dieser Schmerz im Herzen leitete mich hierher; ich wollte mit eigenen Augen sehen, wie es dieser unglücklichen Stadt ergangen ist; das Herz schmerzte mich, als ich dieses große Unglück sah, ich hoffe, daß bessere Zeiten kommen und die Stadt noch aufblühen wird, man muß nicht allzu tief bekümmert sein, Hilfe wird kommen. Der Kaiser sprach mit vor Rührung bebender Stimme und wandte sich ab, um die Thronen zu verbergen. Der Kaiser erkundigte sich beim Bürgermeister, dem Regierungs-Commissar und bei anderen Personen um die Details, er fuhr auf einem Ponton durch die Stadt, überall begeistert empfangen. Der Kaiser reiste um 12 Uhr Mittags wieder nach Wien ab.

Versailles, 17. März. Die Kammer berieth den Antrag Bert, betreffend die Bildung von Normal-Elementarschulen für Jüdier. Der Unterrichtsminister erklärte, er werde bald einen Gesetzentwurf vorlegen, betreffend die Aufhebung der sogenannten Obedienzbriefe, welche Mitgliedern der Congregation gestatten, Unterricht zu erteilen ohne staatliche Anstellung. (Beifall links.) Keller (Katholik) bekämpft den Entwurf, der es als ein Gesetz bezeichnet, welches nur auf Kampf und Unterdrückung hinzielt. Bert besteht auf der Nothwendigkeit, den Unterricht Lehrern anzuvertrauen, welche die Staatsgesetze anerkennen und keinem anderen Herrn gehorchen, als dem durch die allgemeinen Wahlen manifestirten Willen der Nation. Die Kammer beschloß in die Berathung der einzelnen Artikel einzutreten.

Paris, 17. März. Der Marinepräfect von Cherbourg, Admiral Raupin, welcher zu dem Cabinet vom 23. November gehörte, demissionirte.

Madrid, 17. März. Ein Rundschreiben des Ministers des Innern fordert die Behörden auf, sich bei den bevorstehenden Wahlen jeder Pression auf die Wähler zu enthalten, und jeden gerichtlich zu verfolgen, der eine Pression ausübt, sei es zu Gunsten des ministeriellen Candidaten oder der Opposition.

Kopenhagen, 17. März. Die Leuchtschiffe „Schulz Grund“, „Geshör Ness“, „Knoben“ und „Kobbergrunden“ haben ihre Stationen wieder eingenommen. — Das Postdampfschiff geht heute Abend von Kopenhagen nach Kiel.

Petersburg, 17. März. Der diesseitige Botschafter in London, Graf Schumaloff, wurde gestern vom Kaiser und von dem Reichskanzler, Fürsten Gortschakoff, empfangen.

Riga, 17. März. In Folge der Kälte der letzten Tage ist die Passage bei Domesnäs wieder vollständig gesperrt; der Hafen von Libau ist dagegen unverändert offen.

Konstantinopel, 17. März. Die Pforte hat an Mukhtar Pascha nach Preveza ausführliche Instruktionen gesandt. — Nach weiteren Meldungen aus Philippopel sind der General Stollpin, der französische Commissär Coutouly und der Finanzdirector Schmidt in Sam-boli eingetroffen. General Stollpin hielt eine Revue über die Milizen und die Freiwilligen ab, welche auf den Kaiser Alexander, den General Stollpin, auf Bulgarien und Frankreich Hochrufe ausbrachten. Die Stadt war Abends festlich erleuchtet.

Plymouth, 17. März. Der Hamburger Postdampfer „Frisia“ ist hier eingetroffen.

Newport, 17. März. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Mosel“ ist hier angekommen.

Dresden, 17. März. [Die heutige Generalversammlung der Sächsischen Bank] war von 61 Actionären besucht, welche 7975 Actien mit 810 Stimmen vertraten. Der Jahresabschluß und die vorgeschlagene Dividende von 5 1/2 pCt., welche von morgen ab erhoben werden kann, wurden einstimmig genehmigt. Die cooptirten, heute auscheidenden Verwaltungsrathsmitglieder, Gustav Hartmann in Chemnitz und Geh. Com-merzienrath Feodor Schille wurden einstimmig wiedergewählt.

Berlin, 17. März. [Producten-Bericht.] Der Frost ist seit Sonnabend geschwunden, aber das Wetter ist seitdem durchaus unerwünschter Weise sehr naß. Unter dem Einfluß hiervon eröffnete der heutige Markt zwar ziemlich fest für Getreide, doch im Laufe desselben erschlaffte die Haltung wieder. — Für Roggen haben die Terminpreise den Standpunkt vom Sonnabend nicht ganz behaupten können. Loco hingegen wurde das ziemlich belangreiche Angebot schlank aufgenommen und mitunter sind auch Mehrforderungen erzielt worden. — Roggenmehl ruhig. — Weizen anfänglich ein wenig besser bezahlt, schließt wie vorgestern; die Kauflust war wenig nachhaltig. — Hafer loco preisbalten. Termine matt. — Rüböl wurde vernachlässigt, Preise stellten sich eine Kleinigkeit niedriger. — Petroleum still und matt. — Spiritus genöthigt sehr wenig Beachtung, es hat denn auch ganz mäßiges Angebot einen kleinen Druck auf die Preise ausgeübt.

Weizen loco 150—190 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, defecter weißer poln. — M. ab Bahn bez., per März — M. bez., per April-Mai 176 1/2 M. bez., per Mai-Juni 180 1/2—180 M. bez., per Juni-Juli 184 1/2—184 M. bez., per Juli-August 187—186 1/2 M. bez., per September-October 189 1/2—189 M. bez., Gefundigt — Centner. Rindungspreis — M. — Roggen loco 116 bis 129 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 117 bis 118 1/2 M. Mark, feiner russ. 120—120 1/2 M., inländischer 124 bis 126 M., feiner inländischer 127 Mark ab Bahn bez., stark klammer inländ. 121 M. ab Mühle bez., per März — M. bez., per April-Mai 123 1/2 bis 123 Mark bez., per Mai-Juni 123 1/2—123 Mark bez., per Juni-Juli 125 1/2 bis 125 M. bez., per Juli-August 126 1/2—126 Mark bez., per September-October 128 1/2—128 Mark bez., Gefundigt — Ctr. Rindungspreis — M. — Mais loco 120—124 M. nach Qualität gefordert, ungarischer 122 M. ab Bahn bez. — Hafer loco 100—136 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, oft und westpreussischer 100 bis 117 M. bez., russischer 100 bis 116 M. bez., pomerischer 112 bis 116 M. bez., schlesischer 113—121 Mark bez., böhmischer 113—121 M., feiner weißer pomm. u. medlenburgischer 117 bis 122 M. ab Bahn bez., März — M. bez., per April-Mai 115 1/2 M. bez., per Mai-Juni 118 M. Br., per Juni-Juli 120 1/2 M. Br., per Juli-August 122 M. bez., Gef. — Ctr. Rindungspreis — M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sad per März 17,30 Mark bez., per März-April 17,30 Mark bez., per April-Mai 17,40 M. bez., per Mai-Juni 17,55 M. bez., per Juni-Juli 17,65 Mark bez., per Juli-August 17,75 bis 17,80 M. bez., per September-October — M. bez., Gefund. — Centner. Rindungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Fas. — M., ohne Fas. — Mark bez., per März 58,8—58,4 M. loco, per März-April 58,4 Mark bez., per April-Mai 58,7—58,5 M. bez., per Mai-Juni 58,9 M. bez., per Juni-Juli — M. bez., per September-October 61,3 bis 61 M. bez., Gefundigt 600 Ctr. Rindungspreis 58,7 Mark. — Leinöl loco 59,5 M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Fas. 20,8 Mark bez., per März 20,4 Mark bez., per März-April 20,1 Mark bez., per April-Mai — Mark bez., per September-October 23,5 M. bez., per August-December — M. bez., Gefundigt — Ctr. Rindungspreis — Mark.

Berliner Börse vom 17. März 1879.

72, 1877er 5 pCt. Russen 87, russische Noten per ult. 200,50, Rumänien 29,25—29,50, Köln-Mindener Bahn 145, Bergisch-Märkische Bahn 77,75, bis 78, Galizier 99,25, Disconto-Commandit 136,75—137, Laurahütte 66. Nachbörse 1 Uhr 55 Min.: Creditactien 436,50, Franzosen, 433, 1860er Loose 112,75, ungar. Goldrente 74,10, 1877er 5 pCt. Russen 87,10, II. Orient-Anleihe 58,10, Disconto-Commandit 137,75.

Im Anschluß an die gestern herrschende Stimmung eröffnete auch die heutige Börse in einer sehr festen Haltung und fanden besonders Oesterr. Creditactien rege Beachtung. Die Anfangs-Notiz, die zugleich auch die höchste war, konnte sich jedoch nicht voll behaupten, der Cours wich unter kleineren Schwankungen nach und nach zurück. Aber der heutige Verkehr zeichnete sich insbesondere dadurch von den vorangegangenen Tagen vorteilhaft aus, daß das Geschäft auch auf anderen Gebieten sich lebhafter gestaltete. Von den internat. Speculationspapieren gingen neben Creditactien auch Franzosen ziemlich lebhaft um und trugen ebenfalls eine kleine Courserhöhung davon. Lombarden waren dagegen ganz vernachlässigt. Oesterr. Nebenbahnen waren in guter Frage und zogen fast sämtlich in den Courfen an. Bevorzugt waren namentlich Galizier, Dur-Bodenbach, Rudolfs-, Prag-Turnau und Kaiserthum-Dorberger. Von den localen Speculations-Effecten zogen Disconto-Commanditanteile zwar etwas an und gingen auch ziemlich lebhaft um, trugen aber doch keine unzweifelhaft feste Physiognomie. Lauraa-Actien sehr still, per ultimo 65,90. Auswärtige Staatsanleihen wurden ziemlich animirt umgesetzt und trugen auch mehrere Courserhöhungen davon. 1860er Loose beliebt. Russische Werthe ruhiger, Noten rege, per ultimo 200¼—¼ (Vorpr. 202/1), per April 201¼—200¼ (Vorpr. 203¼/2). Preussische und andere deutsche Staats-Papiere unverändert still. Eisenbahn-Prioritäten fest aber sehr ruhig. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkt herrschte eine recht günstige Stimmung. Von den rheinisch-westfälischen Speculationsdebitten besonders Bergische bevorzugt. Potsdamer anziehend bei regem Geschäft. Anhalter behauptet. Rumänien belebt und anziehend. Görziger Stammprioritäten beliebt. Banken fest, aber unbelebt. Deutsche B. anziehend, Bresl. Discontob., Spielhagen u. Braunsch. B. besser, Berliner Handelsgef. zog bei lebhaftem Geschäft im Course an, Wiener Unionbank besserte die Notiz um 10 M., Barmer Bankverein, Luxemburger Bank, Schaffhauser steigend, Niederlausitzer und ebenso Oberlausitzer höher, Brede'scher Bank und Geraer Bank gingen zu hohem Course um. Niedriger notiren: Berliner Kassen-Verein, Deutsche Hypothek, Hübner Hypothek, Hannoversche Bank, Meininger Bank und Preussischer Bodencredit. Industrie-Papiere sehr still. Vereins-Bräuerei matter, Adler-Bräuerei steigend, Berliner Omnibus höher, Vorkenwerber besserte den Cours, Zoologische Garten-Obligationen kamen höher zur Notiz, Edert Maschinenfabrik schwach, dagegen zog Halle Maschinenfabrik etwas an. Montanwerthe beteiligten sich wenig am Verkehr. Bergisch-Märk. Bergwerk, Dortmunder, Neudorfer höher, Braunsch. Kohlen, Aachen-Höningen, König Wilhelm billiger erhältlich.

Um 2¼ Uhr: Sehr fest. Credit 441,50, Lombarden 114, Franzosen 435, Reichsbank 153,50, Disconto-Commandit 138,25, Laurahütte 66 B., Türken —, Italiener 77,25, Oesterr. Goldrente 66,05, Ungarische Goldrente 74,10, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente 55,50, 5% Russen 87,50, Köln-Mindener 105,10, Rheinische 107,10, Bergische 78,10, Rumänen 30,50, Russische Noten 200,25, Orient —.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent-Op. 173,80 bez., do. Eisenb.-Coup. 173,80 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 5 Pf. f. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,1675 bez., do. Eisenb.-Prioritäten 4,165 bez., do. Papier-Dollars 4,165 bez., 6% New-York-City —, bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und berl. min. 75 Pf. f. Pet., do. Eisenb. u. berl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. conj. verl. —, beln. Russ. Zoll 20,58—60 bez., Zerr Russen —, Große Russ. Staatsbahn —, bez., Russ. Boden-Credit —, bez., Warschau-Wiener Comm. —, bez., 8% Rumänische Div.-Sch. p. 78 —, bez., Warschau-Teresopol —, bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Dirsche in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Berl. Str.-Obligat. 20,445 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 17. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. (Schluß-Course.) Londoner Wechsel 20, 482. Pariser Wechsel 81, 03. Wiener Wechsel 174, 10. Böhmische Westbahn 148, —, Elisabethsbahn 148. Galizier 200. Franzosen *) 216¼. Lombarden *) 56¼. Nordwestbahn 103. Silberrente 55%. Papierrente 55%. Oesterreich. Goldrente 66¼. Ungar. Goldrente 74¼. Italiener —. Russ. Bodencredit 74¼. Russen 1872 85¼. Neue russ. Anleihe 87%. 1860er Loose 113¼. 1864er Loose 75, 00. Creditactien *) 218¼. Del. National-Bank 688, 30. Darmstädter Bank 120¼. Meininger Bank 77¼. Hess. Ludwigsbahn 66¼. Ungarische Staatsloose 166, 00. do. Schatzanweisungen 103¼. do. Oibahn-Obligationen II. 67¼. Central-Pacific 105%. Reichsbank 153%. Reichs-Anleihe 97¼. II. Orientanleihe 58%. Discont — pCt. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 219¼, Franzosen 216¼, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier 200¼, Orientanleihe —, 1877er Russen 87¼.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 17. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Br.-A. 118¼, Silberrente 55%, Oest. Goldrente 66¼, Ung. Goldrente 74¼, Creditactien 220¼, 1860er Loose 114¼, Franzosen 543, Lombarden 141, Ital. Rente 77¼, Neueste Russen 87¼, Vereinsbank 121¼, Laurahütte 65¼, Commerzbank 102¼, Norddeutsche 138¼, Anglo-deutsche 34¼, Intern. Bank 85, Amerik. de 1885 96¼, Köln-Mindener. St.-A. 105, Rhein. Eisenbahn do. 107¼, Bergisch-Märkische do. 78¼, Disconto 1¼ pCt. — Sehr fest.

Hamburg, 17. März, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine matt. Roggen loco ruhig, auf Termine matt. Weizen per April-Mai 179 Br., 178 Gd., per Mai-Juni 180¼ Br., 179¼ Gd. Roggen per April-Mai 119 Br., 118 Gd., per Mai-Juni 121 Br., 120 Gd. Hafer still. Gerste still. Rüböl still, loco 60, per Mai 59¼. Spiritus still, per März 41¼ Br., per April-Mai 41¼ Br., per Mai-Juni 41¼ Br., per Juni-Juli 41¼ Br. Kaffee fester, Umsatz 1000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 9, 15 Br., 9, 00 Gd., per März 9, 00 Gd., per August-December 10, 00 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 17. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Ruhmhafter Umsatz 12,000 Ballen. Stramm. Tagesimport 12,000 B., davon 7000 B. amerikanische, 5000 B. ostindische.

Liverpool, 17. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Amerikanische ¼ D. theurer. Middl. amerikanische März-April-Lieferung 57½, Mai-Juni-Lieferung 59½, Februar-März-Verschiffung 57½ D.

Paris, 17. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco und Termine matt, per Frühjahr 8, 70 Gd., 8, 80 Br. — Hafer per Frühjahr 5, 57 Gd., 5, 65 Br. — Mais (Dana) per Frühjahr 5, 00 Gd., 5, 05 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 17. März, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, per März 27, 50, per April 27, 75, per Mai-Juni 27, 75, per Mai-August 28, 00. Mehl fest, per März 60, 50, per April 60, 75, per Mai-Juni 61, 00, per Mai-August 61, 00. Rüböl ruhig, per März 84, 00, per April 84, 00, per Mai-August 84, 75, per September-December 86, 00. — Spiritus behauptet, per März 54, 75, per September-December 56, 25. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 17. März, Nachmittags. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. März pr. 100 Kilgr. 50, 75, Nr. 7/9 pr. März pr. 100 Kilgr. 56, 25. — Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilgr. per März 60, 50, per April 60, 75, per Mai-August 61, 25.

London, 17. März. Savannazucker Nr. 12 21¼. Träge.

Antwerpen, 17. März, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen behauptet. Hafer still. Gerste gefragt.

Antwerpen, 17. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22¼ bez., 22¼ Br., per April 22¼ Br., per September 24¼ Br., per September-December 25 Br. — Fest.

Bremen, 17. März, Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 80, per April 8, 80, per Mai 8, 85, per August-December 9, 70.

Paris, 15. März. [Börsenwoche.] Die Hausspeculation hat in dieser Woche neue Anstrengungen gemacht, die Renten in die Höhe zu bringen, und sie ihren Zweck erreicht, wenn auch nicht in dem Maße, wie sie es gewünscht hätte. Man escomptirte im Voraus das Votum der Kammer, welches den Proceß des 16. Mai verhindert; aber ein momentaner Rückschlag trat nach dem fait accompli um so leichter ein, als die Umstände, unter welchen dies Votum von Staaten ging, die Unklarheit der politischen Lage und die Zersahrenheit der republikanischen Majorität in ein helles Licht stellten. Jedoch halten die Haussiers an dem Glauben fest, daß nach Beilegung einer momentanen Verstimmlung der parlamentarischen

Welt die festere Lenzenz wieder zum Durchbruch kommen werde. Oft wiederholte Erfahrungen der letzten Jahre brechen zu Gunsten dieser Auffassung, insofern ist nicht zu verkennen, daß die Hauffe durch den zunehmenden Widerstand des Capitals und Ersparnisses erschwert wird. Die Comptantverkäufe haben in dieser Woche in auffallendem Maße zugenommen. Der Einfluß dieser Verkäufe macht sich natürlich für die 5proc. Rente stärker fühlbar, als für die besser klassirte 3proc. Der Markt der auswärtigen Fonds war ziemlich fest, aber eine merkwürdige Entwerthung erfuhr die ägyptischen und türkischen Werthe, was sich durch die Schwierigkeiten in der Finanzorganisation dieser Länder zur Genüge erklärt.

* [Verein deutscher Landwirthschaftsbeamten.] Am 26. Februar c. hielt der unter dem Protectorat Sr. Kaiserl. Königl. Hoheit des Kronprinzen stehende Berliner Verein deutscher Landwirthschaftsbeamten, unter Vorsth des Oekonomierath Jung & Falckenberg, seine 13. General-Versammlung im Vereinslocal im Club der Landwirthe — Berlin ab. Wir entnehmen aus dem Jahresbericht, daß das Vermögen des Vereins sich im Jahre 1878 um 6321 Mark vermehrt, und am 1. Januar c. eine Höhe von 97,932 Mark erreicht hat. Durch inzwischen eingegangene Beiträge ist die Summe von 100,000 Mark heute schon überschritten. 109 neue Mitglieder schlossen sich dem Verein an, welcher am 31. December 136 Ehren- und 688 wirkliche Mitglieder zählte. — Von 249 dem Directorium zur Besetzung angemeldeten Stellen wurden 141 durch Vereinsmitglieder besetzt. Als Unterstüzungen wurden 694 Mark verausgabt. Man beschloß, dem Institut der Ehrenräthe fortan wieder größere Beachtung zu schenken und wird von Neuem den Versuch machen, Vereinsmitglieder zur Uebernahme dieser Ehrenposten in den verschiedenen Kreisen zu gewinnen. Der Verein hat im September 1878 die Corporationsrechte erhalten und ist jetzt auch in der Lage, Vermächtnisse annehmen zu können, worauf die Wohlthäter des Vereins und die Freunde der Landwirthschaft und ihrer Träger und Pfleger freundlichst aufmerksam gemacht werden. Möge sich die Hoffnung erfüllen, daß die größere Bedeutung und Sicherheit, welche durch Erwerbung der Corporationsrechte unserem Verein und den verschiedenen Unterstüzungsweigen desselben gewonnen wurde, seine Mitglieder zu erhöhtem Interesse und Eifer für denselben anrege und ihm viele neue Mitglieder zuführe.

* Breslau, 18. März, 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Martie war im Allgemeinen schleppend, bei stärkerem Angebot Preise fast unverändert.

Weizen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 14,30 bis 16,70—17,70 Mark, gelber 14,20—16,60 bis 17,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei stärkerem Angebot ruhiger, pr. 100 Kilogr. 10,60 bis 11,50 bis 12,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Serke, nur feine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. 11,50 bis 13,40 Mark, weiße 13,30—14,20 Mark.

Safer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 9,40—10,00—10,60 bis 12,00 Mark.

Weizen in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 9,80—10,20—10,80 Mark. Erbsen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00—14,80 Mark, Victoria- 14,80—16,30—17,50 Mark.

Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen unverändert, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50—7,80—8,10 Mark, blaue 7,30—7,60—8,00 Mark.

Weizen stärker angeboten, pr. 100 Kilogr. 10,20—10,80—11,40 Mark. Delsaaten ohne Aenderung.

Schlaglein preishaltend.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.			
Schlag-Weizen	25 50	23 50	22 50
Winterweizen	25 25	24 25	23 —
Winterweizen	24 75	23 75	23 —
Sommerweizen	24 75	23 75	23 —
Leinwand	20 50	19 50	18 50

Rapskuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 6,40—6,70 Mark.

Leinsamen preishaltend, pr. 50 Kilogr. 8,30—8,80 Mark.

Kleefamen mehr Kaufsuf, rother behauptet, pr. 50 Kilogr. 33—36 bis 40—43 Mark, — weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 39—50—54—60 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee ruhig, pr. 50 Kilogr. 12,50—14—17—19,50 Mark.

Weizen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 24,00—26,00 Mark, Roggen fein 19,00—20,00 Mark, Hausbuden 17,50—18,50 Mark, Roggen-Zuttermehl 8—9 Mark, Weizenkleie 7,00—7,50 Mark.

Senf 2,60—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.

Reagenzkob 19,00—21,00 Mark pr. Schmelz à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 17., 18.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 4°6	+ 0°0	— 1°3
Luftdruck bei 0°	330°75	331°79	333°60
Dunstdruck	2°66	1°95	1°69
Dunstfättigung	88 pCt.	98 pCt.	95 pCt.
Wind	W. 1.	W. 2.	NW. 2.
Wetter	bedeckt.	Schnee.	bedeckt.

Breslau, 18. März. [Wetterhand.] D. 23. 5 M. 26 Cm. U. 23. — M. 94 Csm.

Vorträge und Vereine.

—d. Breslau, 15. März. [Bezirksverein für die Sandvorstadt.] Die letzte Sitzung eröffnete der Vorsitzende, Dr. phil. W. Richter, mit einer Reihe von Mittheilungen, namentlich über das jüngst abgehaltene, durchaus gelungene Stiftungsfest. Hierauf hielt Oberlehrer Gaul einen mit zahlreichen, sehr anschaulichen Experimenten verbundenen Vortrag „über Luftdruck“, dem sich später ein Vortrag „über Dunstdruck“ anschließen wird. Nach Erstattung des Jahresberichts durch den Vorsitzenden wurde der Kassenbericht erlattet. Auf Antrag der Kassen-Revisoren wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Nach Deduction aller Ausgaben bleibt ein Kassenbestand von 40 M. Bei der folgenden Vorstandswahl wurden gewählt die Herren: Dr. W. Richter zum Vorsitzenden, Tischlermeister Ludwig zum stellvertretenden Vorsitzenden, Inspector Gyppe zum Schriftführer, Maurermeister Zuppert zum stellvertretenden Schriftführer, Director Nader zum Kassirer, Fabrikant Vollberg zum stellvertretenden Kassirer; ferner zu Beisitzern die Herren: Dr. Rosemann, Fabrikbesitzer und Stadtverordneter Seidel, Inspector Danneil, Hausbesitzer Wedermann, Bäckermeister Schell, Dr. phil. Neugebauer, Kaufmann Trutwein und Kaufmann Lesnik.

—d. Breslau, 15. März. [Bezirksverein der Obblauer Vorstadt.] In der letzten Sitzung hielt Herr Dr. Sachs einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag „über die Gesundheitspflege in der Schule“, dem u. A. auch eine Anzahl hiesiger Lehrer beizuwohnen. An der sich anschließenden sehr lebhaften Debatte theilnahmen sich u. A. die Rectoren Matzke, Freyer und Herr Heymann. Der Fragekasten bot nichts Wesentliches. Zum Schluß machte der Vorsitzende die Mittheilung, daß Staatsanwalt Prof. Dr. Fuchs Sonnabend, den 29. März, einen Vortrag „über die neue Civilprozeß-Ordnung“ halten werde.

Die Russische Caviar-Niederlage von B. Persicaner in Myslowitz offerirt Prima Astrachaner Caviar, noch vor der Pest bezogen, das Btto-Psd. mit M. 4,50.

Chili-Salpeter
ab Hamburg sowie ab Breslau offerirt: [3994]
Otto Ogrowsky,
Comptoir: Neue Taschenstrasse 20.

Asphaltirungen,
Solciment- und Pappdächer fertigt
billigt [3378]
Carl Mannich,
Breslau, Gartenstr. 30c.

Ein
gebrauchter Glaschrank,
gut gehalten, ist zu verkaufen. Näheres Matthiasstr. 65, Part. links.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graf, Vorh u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.